Erziehung und Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

9/2009

Eingruppierung
Migrationshintergrund
Leistungsorientierung
SOZIALARBEIT
Bildungsprogramm
Vorbereitungszeit
Bereitschaft
Mittelschicht
Arbeitskreis
Individualität
Kinderaugen
Leuchtende
Betreuung
Elternarbeit
Kitaalltag
Krankenstand
Arbeitstag
Gesundheitsschutz
Motorik
Persönlichkeit
Personalschlüssel
Elterngespräche

Rund um die Kita

GASTKOMMENTAR

Unangenehme Zielkonflikte

Neulich haben die Drucker gestreikt. Für uns Tageszeitungs-Journalisten war das bloß kurz spürbar: Am Vormittag kam vom Chef vom Dienst eine Mail, dass wir die Texte an diesem Tag 30 Minuten früher abliefern müssten. Sonst lief alles wie immer: Der Umfang der Zeitung blieb gleich, die Auflage auch. Eine Notausgabe, die vor ein paar Jahren erschienen wäre, ist inzwischen überflüssig: Ein Druckerstreik wird in der Öffentlichkeit kaum sichtbar. Und selbst die Zeitungsredaktionen merken nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Druckerei um mehr Lohn kämpfen.

Neulich haben auch die Erzieherinnen gestreikt, zufällig am gleichen Tag. Für die Medien war dies das Top-Thema des Tages. Ein Teil der Journalisten musste – genervt, wenngleich meist einigermaßen solidarisch – für das eigene Kind nach Alternativen zur geschlossenen Kita suchen. Und die anderen bekamen das Ereignis auch mit: Es interessierte die Leser, es dominierte die Schlagzeilen. Das Thema, das vor ein paar Jahren bestenfalls exotisch gewesen wäre („Die Erzieherinnen streiken? Wen interessiert das denn?"), stand plötzlich im Mittelpunkt.

Foto: Privat

Felix Berth

Die Gleichzeitigkeit von Drucker- und Kita-Streik zeigt, wie sehr sich die Gesellschaft gewandelt hat: Dienstleistungsjobs gewinnen an Bedeutung; ein Streik in diesem Sektor kann heute viel stärker schmerzen als noch vor ein, zwei Jahrzehnten; Arbeitsplätze in der Industrie haben dagegen wegen des technischen Fortschritts zum Teil drastisch an Relevanz verloren; hier schafft es ein Streik nicht einmal zur Meldung der Deutschen Presse-Agentur (dpa) mit niedriger Priorität.

Für Erzieherinnen ist diese Trendwende ein hoffnungsvolles Signal. Ihr Beruf hat ein anderes gesellschaftliches Gewicht als früher – daher lässt sich auch bei den Arbeitgebern mehr erreichen. Aus dieser Perspektive war der Kita-Streik ein Erfolg: Zusätzlich zu normalen Gehaltssteigerungen gibt es wegen der neuen Eingruppierung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst eine außerordentliche Erhöhung. Natürlich kann man das auch als Normalisierung interpretieren: Ein ähnliches, gleichwohl niedrigeres Lohnniveau hätten die Erzieherinnen-Gehälter im alten Bundesangestelltentarif (BAT) inzwischen auch erzielt. Trotzdem bleibt es bemerkenswert, dass dieses Tarifergebnis (s. Seiten 16 ff.) im Konflikt durchsetzbar war – ein paar Jahre vorher hätten die kommunalen Arbeitgeber über einen Kita-Streik dezent gelächelt und sich „wichtigeren" Dingen zugewandt.

Allerdings bedeutet dies nicht, dass in den Kitas nun alle Probleme gelöst wären. Denn das System der öffentlichen Kinderbetreuung leidet weiterhin an der langjährigen Missachtung durch Politik und Verwaltung. Wie sich das auswirkt, zeigt ein Vergleich: Wenn eine Stadt ihr Straßennetz nicht pflegt, wundert sich niemand, dass Wege holprig werden und Ampeln ausfallen. Es leiden die Baufirmen, die keine Aufträge mehr bekommen; manche Beschäftigte suchen sich andere, interessantere Jobs. Eine Sanierung des Straßennetzes ist schwierig, weil heikle Entscheidungen anstehen: Wo fängt man an, welche Projekte müssen warten – und wo findet man das richtige Personal für die vielen Arbeiten?

Sehr ähnlich geht es dem System Kita derzeit: Es fehlen Betreuungsplätze, es fehlt das gut ausgebildete Personal, es fehlt das Bewusstsein dafür, was Qualität in den Kindertagesstätten heißt. Wenn mehr Geld fließt, verbessert das einiges – aber die Mängel bleiben spürbar: In westdeutschen Kitas etwa sind noch immer viele Kinderpflegerinnen im Einsatz. Sie machen, wenn sie viel Berufserfahrung haben, gute Arbeit – doch wenn sie im Jahr 2009 als sehr junge Frauen die Fachschulen verlassen, sind sie nicht gerade diejenigen, die bei den Kindern Bildungsprozesse anstoßen können. Oder: In ostdeutschen Kitas gibt es – ein Relikt aus DDR-Zeiten – Personalschlüssel, die nach Ansicht von Frühpädagogen an Kindeswohlgefährdung grenzen: Wenn sich, wie in Brandenburg, eine Erzieherin um sieben Krippenkinder kümmern muss, kann sie die Kleinkinder bestenfalls versorgen, aber nicht liebevoll unterstützen.

Politiker in Ländern und Kommunen stehen vor unangenehmen Zielkonflikten: Sollen sie erst das System ausbauen und dann die Qualität erhöhen? Sollen sie schon heute auf die Akademisierung des Personals setzen oder, weil das Personal so knapp ist, doch mehr Kinderpflegerinnen ausbilden? Sollen sie die Personalschlüssel jetzt verbessern – oder lieber erst in einigen Jahren, weil es sonst noch mehr knirscht? Unangenehme Fragen, die viele Konflikte auslösen werden.

Mitleid ist gleichwohl nicht angebracht: Wer ein Thema jahrzehntelang verschläft, muss aushalten, dass er nicht im Paradies aufwacht.

Felix Berth, Redakteur der „Süddeutschen Zeitung"

Prämie des Monats
Seite 5

Auf Nummer sicher gehen! Für ein neues GEW-Mitglied erhalten Sie von uns die Virenschutzsoftware Kaspersky 2010. Der vielfache Testsieger schützt vor Viren, Hackern und Spams und sorgt für sicheres und entspanntes Surfen.

Impressum

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 61. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.
Vorsitzender: Ulrich Thöne.
Redaktion: Ulf Rödde (verantwortlich), Helga Haas-Rietschel.
Redaktionsassistenz: Renate Körner.
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,
Telefon (0 69) 7 89 73-0, Telefax (0 69) 7 89 73-2 02.
Internet: www.gew.de

Redaktionsschluss ist der 10. eines jeden Monats. Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt
Druck: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt.

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen,
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller,
Tel. (02 01) 8 43 00-0, Telefax (02 01) 47 25 90,
anzeigen@stamm.de; **www.erziehungundwissenschaft.de,**
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. 1. 2009,
Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

E&W wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

ISSN 0342-0671

Foto: David Aussenhofer

„Vollgepackt bis zur Halskrause…“ *In ihrer Reportage über den Besuch zweier Kitas in Berlin-Kreuzberg und Hannover beschreibt Anja Dilk, wie Erzieherinnen aus unterschiedlichen Gründen irgendwann an die Grenze ihrer Belastbarkeit stoßen. Wie groß der Handlungsbedarf beim Gesundheitsschutz der Erzieherinnen und Sozialarbeiter tatsächlich ist, zeigt Jürgen Amendts Blick in die Kita-Praxis. Susanne Viernickel macht im Interview zur Qualität von Kita-Arbeit deutlich, dass die Ausbildung akademisiert und an den „Rahmenbedingungen gedreht werden“ muss. Mit dem Tarifabschluss für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes seien nicht alle Kita-Probleme gelöst, stellt Felix Berth im Gastkommentar fest. Das System der öffentlichen Kinderbetreuung leide weiterhin an der langjährigen Missachtung durch Politik und Verwaltung. Missachtung der Politik auch bei der Existenzsicherung der Heranwachsenden: Deshalb fordert das Bündnis Kindergrundsicherung 500 Euro pro Kind.*
Schwerpunkt „Rund um die Kita“ ab ***Seite 6 ff.***

Foto: dpa

Erzieherinnen verdienen mehr! *Nach wochenlangem Ringen zwischen Gewerkschaften und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) ist Ende Juli ein Tarifergebnis im Sozial- und Erziehungsdienst erzielt worden. Die Mitglieder von ver.di und GEW gaben Mitte August in einer Urabstimmung grünes Licht für die Annahme des Verhandlungsresultats. Dies zeige, „dass die Beschäftigten einen realistischen Blick auf das hart erkämpfte Ergebnis haben“, sagt GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad. Das Resultat solle nicht „schöngeredet“ werden, betont Schaad in ihrem Kommentar, aber es sei vor dem Hintergrund der Krise gut vertretbar.* ***Seite 16 ff.***

Foto: Thomas Müller

Das E&W-Schwerpunktheft „Recht auf Bildung“ (Ausgabe 3/2009) hat eine spannende Leserdebatte ausgelöst. E&W setzt diese Diskussion fort. Mit Beiträgen über eine besondere Förderschule in Stuttgart (Jeannette Goddar), eine fast inklusive Schule in Birkenwerder/Brandenburg (Anja Dilk) und den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland (Johannes Rux), einem Bericht über den Besuch des UN-Sonderberichterstatters Vernor Muñoz in Oldenburg (Ute Diehl) sowie GEW-Eckpunkten zur Umsetzung der UN-Konvention in Schulen (Marianne Demmer).
Seite 22 ff.

Gastkommentar
Unangenehme Zielkonflikte — Seite 2

Impressum — Seite 2

Auf einen Blick — Seite 4

Titel: Rund um die Kita
1. „Vollgepackt bis zur Halskrause…“ – zwei Kitas in Berlin und Hannover — Seite 6
2. Interview mit Susanne Viernickel: „An den Rahmenbedingungen muss gedreht werden!“ — Seite 10
3. Gesundheitsschutz: Preis der Schmerzgrenze — Seite 12
4. Kinder brauchen mehr: Bündnis fordert 500 Euro pro Kind — Seite 14

Tarifpolitik
1. Neue Eingruppierung im TVöD: Erzieherinnen verdienen mehr! — Seite 16
2. GEW-Kommentar: Der erste wichtige Schritt — Seite 17
3. Beispielrechnungen — Seite 18

Gesellschaftspolitik
1. GEW-Kommentar: „Wählen gehen“ — Seite 19
2. Lernt Politik aus Fehleinschätzungen? — Seite 20

Berufliche Bildung/Weiterbildung
Lob des Zweifels: BA-Statistik verharmlost Ausbildungslage — Seite 21

E&W-Hintergrund: Inklusion
1. Besuch in Stuttgarter Förderschule: „Völlig anderer Unterricht“ — Seite 22
2. Deutschland soll UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen — Seite 24
3. Vernor Muñoz in Oldenburg: „Die Eltern stärken“ — Seite 26
4. GEW-Eckpunkte für Umsetzung der UN-Konvention — Seite 28
5. Grundschule Birkenwerder/Brandenburg: Auf dem Weg zur inklusiven Schule — Seite 30

Hochschule
GEW stellt wissenschaftspolitisches Programm vor — Seite 34

Frauen
Frauenhäuser: „Hort des Männerhasses“ — Seite 35

Marktplatz — Seite 36

Diesmal — Seite 40

Titelgestaltung: Werbeagentur Zimmermann

Schulrecht für Statuslose

„Wie Sie wissen, teile ich Ihre Auffassung, dass auch für Kinder von Eltern, die ohne einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung in Deutschland leben, der Schulbesuch möglich sein muss." So beantwortete Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* (CDU) am 14. Mai 2009 einen Mahnbrief von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kirchen. Auch aus sicherheitspolitischen Gründen, so Schäuble, sei „Schule statt Straße" wünschenswert. Bei der Frage allerdings, warum das Schulrecht nicht dahingehend geändert werde, dass man öffentliche Schulen von den Übermittlungspflichten nach den Aufenthaltsgesetz Paragraf 87, Abs. 2, befreit, knickte der Bundesinnenminister ein: Schulbesuch sei Ländersache, da wolle er „keine Ratschläge" geben. Beim Aufenthaltsrecht seien ihm die Hände gebunden, weil es sich nur mit Zustimmung des Bundesrats ändern ließe. Die Bereitschaft der Länder dafür sei aber nicht zu erkennen.

Foto: dpa

Es muss endlich rechtlich saubere Lösungen dafür geben, dass statuslose Kinder zur Schule gehen können – ohne Angst vor Nachteilen.

Das heißt: GEW, DGB, die Kirchen und alle anderen Verbündeten statusloser Kinder müssen vor Ort Druck auf die Innenminister der Länder ausüben. Die bisherige Lobbyarbeit bei Kultusministerien und Schulbehörden wird ohne rechtliche Reform nur zu informellen Lösungen führen können, wie in München, Nordrhein-Westfalen oder zuletzt in Hamburg (vgl. *E&W* 4/2008 und 1/2009). In der Hansestadt teilte die Schulsenatorin *Christa Goetsch* (Grüne) den Schulleitungen am 17. Juni mit, dass „für die Begründung eines Schulverhältnisses" der aufenthaltsrechtliche Status einer in Hamburg wohnenden Familie ohne Belang sei. „Wir sind auch nicht befugt, diese Daten von den Familien zu erheben." Ergebe sich aber, so Goetsch weiter, „ohne Zutun der Schule" der Eindruck eines unerlaubten Aufenthalts, „trifft die Schule keine Pflicht zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts oder zur Information der Ausländerbehörde, da diese Information eben nicht in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erlangt wurde." *hbf*

Hamburg verbessert Übergang in Ausbildung

Bundesweit gibt es eine Fülle von Maßnahmen zur Berufsorientierung und zur Verbesserung des Übergangs in die Ausbildung – von den einen als „Flickenteppich" kritisiert, von den anderen als „lasst 1000 Blumen blühen"-Projekte hochgelobt. Aus GEW-Sicht mangelt es diesen jedoch an einer verlässlichen, dauerhaften Struktur, die den Übergang in die Ausbildung systematisch vorbereitet und erfolgreich gestaltet.

Hamburg geht jetzt neue Wege: Der Stadtstaat hat ein „Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf" erarbeitet (im Internet zu finden unter: *www.hamburg.de/contentblob/1546270/data/bsb-rahmenkonzept-uebergang-schule-beruf.pdf*) mit dem Ziel, Jugendliche nicht mehr in Warteschleifen abzuschieben. Jedem jungen Menschen will man die Chance geben, nach dem Ende der Schulzeit eine Ausbildung zu beginnen – sei es im dualen System oder an anderen außerbetrieblichen oder schulischen Lernorten. Bei besonderen Benachteiligungen der jungen Menschen ist vorgesehen, eine am Einzelfall orientierte Berufsvorbereitung anzubieten, die auf die Ausbildung angerechnet wird. Damit das Vorhaben in die Praxis umgesetzt werden kann, ist eine intensive Kooperation aller Akteure – abgebende und aufnehmende Schulen, Bundesagentur für Arbeit (BA), Betriebe und Behörden – nötig, nicht zuletzt muss der Hamburger Senat auch die finanziellen Mittel dafür bereitstellen. Das würde sich auszahlen, denn langfristig ist es auch ökonomisch entschieden sinnvoller, in Ausbildung von Anfang an statt in Warteschleifen zu investieren.

Stephanie Odenwald, Leiterin des GEW-Organisationsbereichs Berufliche Bildung/Weiterbildung

Weltkonferenz: Bildung für alle

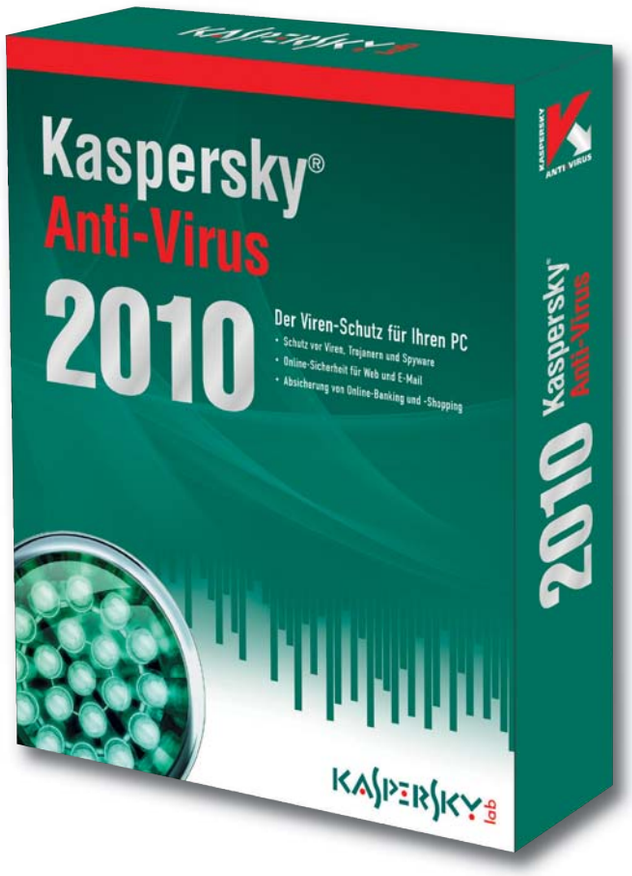
Die UNESCO-Weltkonferenz für Hochschulbildung (World Conference on Higher Education, WCHE), die vom 5. bis 8. Juli in Paris stattfand, hat ein Kommunikee verabschiedet, das den Charakter der Hochschulbildung als öffentliches Gut hervorhebt und sich zum Grundsatz „Bildung für alle" bekennt. In der Präambel erinnern die über tausend Teilnehmenden, darunter auch 40 Vertreter der Bildungsinternationale (BI), an die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, die das Recht auf Bildung sowie den gleichen Zugang zur Hochschulbildung garantieren (Artikel 26).

(GEW-Website *www.gew.de/UNESCO-Konfrenz_fuer_Hochschulbildung_vom_5._bis_8._Juli_in_Paris.html*)

Bremen soll 756 Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte einstellen

Die GEW fordert das Land Bremen auf, die 756 gegen verbeamtete Lehrkräfte eingeleiteten Disziplinarverfahren einzustellen. Die Verfahren richten sich gegen Lehrkräfte, die im Rahmen der Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) Anfang des Jahres gestreikt hatten (s. *E&W* 3/2009). „Die GEW weist den Versuch, Lehrkräfte an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte zu hindern, strikt zurück. Es ist ein leicht zu durchschauendes Manöver, die Lehrkräfte politisch einzuschüchtern. Erst kürzlich hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in zwei Urteilen gegen die Türkei festgestellt, dass ein generelles Verbot von Beamtenstreiks im Widerspruch zum Streikrecht der Arbeitnehmer, der Koalitionsfreiheit, steht", sagte GEW-Beamten- und -Tarifexpertin *Ilse Schaad*. „Die GEW wird die Bremer Disziplinarverfahren nicht hinnehmen und das Streikrecht auch für verbeamtete Lehrkräfte bis zu einer endgültigen Entscheidung auf europäischer Ebene verteidigen." Die Bildungsgewerkschaft geht davon aus, dass die Verfahren nach der Anhörung der Betroffenen eingestellt werden.

Die vielfältigen Solidaritätsbekundungen für die Lehrkräfte und die Proteste von Gewerkschaften, Schulen und Betrieben haben bereits zu einem ersten Erfolg geführt: *Renate Jürgens-Pieper* (SPD), Senatorin für Bildung und Wissenschaft in der Hansestadt, hat bekanntgegeben, dass sie das verschärfte Disziplinarverfahren gegen GEW-Landesvorstandssprecherin *Elke Baumann* zurückzieht. Baumann wurde vorgeworfen, als GEW-Vorstandssprecherin Beamte zum Streik aufgerufen und damit ihre Dienstpflichten in besonderem Maße verletzt zu haben. Die GEW hatte diese Maßnahme strikt zurückgewiesen und als „schäbigen Angriff auf die Freiheit gewerkschaftlicher Betätigung" bezeichnet.



Prämie des Monats

Virenschutz-Software Kasperky (R) 2010

der vielfache Testsieger schützt vor Viren, Hackern und Spam

Antrag auf Mitgliedschaft

E+W-Prämie des Monats 9/2009
Virenschutz

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land/PLZ/Ort

Geburtsdatum/Nationalität

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei *von* *bis* *(Monat/Jahr)*

Telefon *Fax*

E-Mail

Berufsbezeichnung/-ziel *beschäftigt seit* *Fachgruppe*

Name/Ort der Bank

Kontonummer *BLZ*

Besoldungs-/Entgeltgruppe *gültig seit* *Stufe* *Bruttoeinkommen € monatlich*

Betrieb/Dienststelle *Träger*

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle *PLZ/Ort*

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen.
Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort/Datum *Unterschrift*

Daten des Werbers

Ich habe die oben genannte Person als neues GEW-Mitglied geworben.
(Dieses Angebot gilt nur für GEW-Mitglieder.)

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon *Fax*

E-Mail

Beschäftigungsverhältnis

- ☐ *angestellt*
- ☐ *beamtet*
- ☐ *Honorarkraft*
- ☐ *in Rente*
- ☐ *pensioniert*
- ☐ *Altersübergangsgeld*
- ☐ *arbeitslos*
- ☐ *beurlaubt ohne Bezüge*
- ☐ *teilzeitbeschäftigt mit ___ Std./Woche*
- ☐ *teilzeitbeschäftigt mit ___ Prozent*
- ☐ *im Studium*
- ☐ *ABM*
- ☐ *Vorbereitungsdienst/ Berufspraktikum*
- ☐ *befristet bis _____*
- ☐ *Sonstiges _____*

Ihr Mitgliedsbeitrag:
- Beamtinnen und Beamte zahlen 0,75 Prozent der 6. Stufe.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe 1 des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.
Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Bitte den Antrag vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Brigitte Stamm
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt a. M.
Fax: 069/78973-102

Vielen Dank!
Ihre GEW

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Mitmachen lohnt sich...

...für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine unserer Prämien.

„Vollgepackt bis z

. . . und trotzdem viel erreicht: zwei Kitas in Berlin und Hannover

Kommunale Kita Leuschnerdamm in Berlin-Kreuzberg: Zeit für Mittagsschlaf. Die Ruhe können die Erzieherinnen gut gebrauchen, um eine kleine Auszeit zu nehmen. Die ist aber nur in der Ferienzeit möglich. Nicht im normalen Kita-Alltag.

Wer von der Kita Berlin-Kreuzberg zur Kita Kirchstraße in Hannover wechselt, betritt eine andere Welt: Unter dem Sonnensegel im Garten sitzen Petra Kuhnt (links) und Gabriele Bode. Sie trommeln mit den Drei- bis Fünfjährigen im schnellen Takt auf den Bongos. Auf dem Programm steht musikalische Frühförderung.

Fotos: David Ausserhofer

zur Halskrause...“

Qualität in der Kita-Arbeit: Was ist unter welchen Bedingungen wie möglich? Was erwarten die Eltern? Bringen sie sich ein? Warum hapert es manchmal an der Realisierung von Bildungsplänen und pädagogischen Anforderungen? Der Besuch in zwei Kitas in Berlin-Kreuzberg und in Hannover zeigt, dass aus unterschiedlichen Gründen für die Erzieherinnen irgendwann die Grenze ihrer Belastbarkeit überschritten ist.

Unter dem himmelblauen Baldachin haben sich die Prinzessinnen und Prinzen zur Ruhe gelegt. Hellblaue Wolken baumeln von der Decke, ein grünes Pappauto schaukelt im Wind. *Eise*, *Abdulah*, *Merwahn* und *Mohammed* kuscheln sich in ihr buntes Bettzeug auf den kleinen Bodenmatratzen. In der kommunalen Kita Leuschnerdamm ist Zeit für den Mittagsschlaf.

Die Ruhe können sie gut gebrauchen, sehr gut. *Angela Glaubert-Stahl* (49), *Katrin Bach* (43) und *Claudia Penzhorn* (40) lassen sich in die Sitze gleiten. Hier im Besprechungsraum können die Erzieherinnen eine kleine Auszeit nehmen vom Kita-Alltag. Jetzt in der Ferienzeit ist das ab und an möglich, sonst undenkbar. Der Arbeitstag ist vollgepackt bis zur Halskrause, manchmal bleibt nicht mal genug Zeit, um auf die Toilette zu gehen. Obwohl sich zur Arbeit schleppt, wer irgend kann, ist der Krankenstand so hoch, dass die Erzieherinnen die Hälfte der Zeit mit den 17 Kindern ihrer Gruppe alleine zurechtkommen müssen. Irgendwann ist auch für diese Kolleginnen die Belastungsgrenze überschritten. Drei hatten im vergangenen Jahr einen Hörsturz. Qualität in der Kita-Arbeit? Angela, Katrin und Claudia lachen. „An manchen Tagen bekommen wir selber einen Schreck, wie wenig geht“, sagt Katrin. „Und fragen uns: Was machen wir hier eigentlich?“

Vieles ist nicht mehr möglich

Claudia gießt noch einen Kaffee nach. Es ist wahrlich nicht so, dass sie nicht wollen. Das Team ist hoch motiviert, jeden Tag neu, das Arbeitsklima hervorragend. Wie gerne würden die Erzieherinnen die Individualität der Kinder mehr fördern, Sprachkenntnisse verbessern, Kreativität wecken, an ihrer Motorik arbeiten, das soziale Miteinander üben, ihnen die Begegnung mit Kultur, Kunst, Musik ermöglichen und sie vertraut machen mit der Welt, in der sie leben, dem Stadtteil wenigstens. All das gehört für sie zu einer guten pädagogischen Arbeit. Viel mehr von dem, was das neue Berliner Bildungsprogramm „gut auf den Punkt gebracht hat“, würden sie gerne umsetzen. Doch vieles ist einfach nicht zu machen.

„Mitte der neunziger Jahre hatten wir einen Ausländeranteil von 75 Prozent, heute sind es 98. Die meisten Eltern sind arbeitslos“, sagt Claudia. „Und die meisten Kinder können kein Wort Deutsch, wenn sie zu uns kommen. Wir können uns nur in Zeichensprache mit ihnen verständigen.“ Viele sind verhaltensauffällig, bleiben zu Hause sich selbst überlassen, manche haben nicht mal eigenes Spielzeug. Oft müssen die Erzieherinnen einfache Dinge zehn Mal erklären, bis diese wirklich bei den Kindern ankommen. Viele der Kleinen haben es nicht gelernt, sich zu konzentrieren, etwas selbst zu entdecken, sich auszuprobieren.

Angela nickt. In ihrer Gruppe scheitert manchmal sogar einfaches Malen. „Wenn ich sage, malt mal eine Sonne, endet das oft im Chaos. Statt zu malen, zerknüllen Kids das Papier, bemalen den Tisch, schneiden sich Haare ab oder hantieren falsch herum mit der Schere.“ Ein Extremfall. Aber auch in den anderen Gruppen ist vieles im Alltag nicht mehr zu realisieren, was zum Qualitätskonzept der Kita gehört – Projektarbeit, gesundes Frühstück, Zoo- oder Theaterbesuche etwa. „Zu Dritt mit 15 Kindern Bus fahren geht nicht“, sagt Katrin. „Dabei ist doch gerade für unsere Klientel die Kita die einzige Chance, so etwas kennen zu lernen.“ Nur mit Mühe gelingt es den Erzieherinnen, mit Teilgruppen einmal die Woche zur Musikschule zu gehen. Dafür bleibt eine Kollegin mit bis zu 19 Kindern allein zurück.

Elternarbeit ist Sozialarbeit

Kein Wunder, dass die Elternarbeit in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Die Hälfte davon ist allerdings eher Sozialarbeit. Erziehungsfragen beantworten, bei Eheproblemen beraten, beim Ausfüllen von Formularen helfen und das alles zwischen Tür und Angel nach Feierabend. „Viele Eltern wissen einfach nicht, was sie mit ihren Kindern überhaupt anfangen sollen“, sagt Katrin. „Ihnen geben wir Tipps, was man gemeinsam unterneh-

Berlin

Der Berliner Bildungsplan (BBP) ist seit 2006 verbindliche Arbeitsgrundlage für die Kitas der Hauptstadt. Darauf haben sich in der Vereinbarung zur Qualitätsentwicklung Träger und Bildungssenat geeinigt. Der Bildungsplan legt die pädagogischen Richtlinien und Schwerpunkte der pädagogischen Arbeit fest.
In Berlin gibt es etwa 1200 Kitas. Ein Drittel der Kitaplätze bieten kommunale Träger an, zwei Drittel freie. Das Berliner Kita-Förderungsgesetz legt einen Personalschlüssel von 1:6 (Kinder unter zwei), 1:7 (Kinder von zwei bis drei Jahren), 1:10 (Kinder über drei Jahre) für Ganztagsplätze fest.

Niedersachsen

Der Niedersächsische Orientierungsplan von 2005 versteht sich als Hilfe für Fachkräfte, Eltern und Grundschulen. Er will Bildungsziele und -arbeit für alle Beteiligten transparenter machen. Dafür erläutert er pädagogische Ziele in acht Lernbereichen von sozialen Kompetenzen bis zur ästhetischen Bildung sowie Grundsätze der Kita-Arbeit im Erziehungsprozess und in der Partnerschaft mit Eltern und Grundschulen.
In Niedersachsen gibt es etwa 4000 Kindertagesstätten. Ein Drittel ist kommunal, zwei Drittel sind in freier Trägerschaft. Nach dem niedersächsischen Kita-Gesetz gilt als Personalschlüssel: Eine Erzieherin und eine zweite Kraft für Gruppen mit zwölf Kindern bis 18 Monate, für Gruppen mit 15 Kindern zwischen 18 Monaten und drei Jahren, für Gruppen mit 25 Kindern ab drei Jahren. *A.D.*

Foto: David Ausserhofer

Der Krankenstand in der Kita Leuschnerdamm ist hoch, so dass die Erzieherinnen die Hälfte der Zeit mit den 17 Kindern ihrer Gruppe allein verbringen müssen. Da ist die Belastungsgrenze schnell erreicht.

Foto: David Ausserhofer

men, spielen oder gar lesen könnte." Angela seufzt. „Und dann sitzen sie doch wieder nur auf der Parkbank und schauen zu." Im Eltern-Kind-Projekt „griffbereit" wollen sie demnächst gemeinsam mit Eltern und Kindern Zusammenspielen üben. Um die Mütter und Väter mehr ins Boot zu holen, findet ein regelmäßiges Elternfrühstück, ein Sommerfest oder Laternenbasteln statt. Auf Mithilfe können sie dabei nicht zählen. „Die Eltern schieben Organisation und Erziehung gerne auf uns ab." Schwer verständlich für die Erzieherinnen, dass Eltern manchmal gar mühsam ergatterte Spezialförderung in einer nahe gelegenen Sprachschule ablehnen, weil es ihnen „zu aufwändig" sei.

„Alltagsstakkato" raubt Atem

Verhaltensauffällige Kinder bändigen, Konflikte schlichten, Wickeln, Therapiegespräche mit Logopäden, Ergo- und Sprachtherapeuten führen, zwischen tobenden Kindern schnell ein paar Stichworte in den Entwicklungsbericht notieren, Praktikanten betreuen, sich im Garten kurz über die Kinder austauschen, das Sprachlerntagebuch führen – wenn in diesem Alltagsstakkato die Luft zum Atmen knapp wird, ziehen sich Angela, Katrin und Claudia an den guten Momenten hoch. Ein gemeinsames Frühstück, das friedlich verläuft. Ein Ausflug zur Eisdiele, bei dem die Kinder sich lachend tadellos benehmen. Leuchtende Kinderaugen, wenn sie neue Worte richtig angewendet haben. Katrin: „Und es macht uns sehr stolz, wenn Kinder, die bei Kitaeintritt nichts konnten, in der Vorschule vollständige Sätze sprechen und kleine Aufgaben selbstständig bewältigen." Claudia: „Dann merken wir, wie viel wir hier trotz allem ausrichten können." Wie viel mehr könnte es sein, wenn die Erzieherinnen zwei, drei Kräfte Verstärkung hätten, die Gruppen kleiner wären, die Vorbereitungszeit üppiger, die Mischung der Klientel anders und alle Kinder bis 15 Uhr bleiben würden, statt tröpfchenweise ab Mittag abgeholt zu werden? Angela: „Auch ein wenig mehr Anerkennung für den Erzieherberuf würde uns gut tun. Die sitzen nur im Garten in der Sonne – solche Vorurteile tun schon weh."

Eintritt in eine andere Welt

Wer von der Kita in Berlin Kreuzberg zur Kita Kirchstraße der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Hannoverschen Stadtteil Linden-Mitte kommt, wähnt sich in einer anderen Welt. Unter dem Sonnensegel im Kitagarten sitzt Erzieherin *Petra Kuhnt* (49) umringt von den Drei- bis Fünfjährigen ihrer „roten Gruppe". Doo, donga, dong. Konzentriert trommeln sie in schnellem Takt auf den Bongos zwischen ihren Knien. Seit einem Jahr üben sie das regelmäßig, musikalische Förderung im Kindergarten.

Auch in der Kita Kirchstraße hat sich die Klientel in den vergangenen fünf Jahren geändert. Nur in die andere Richtung: weniger Kinder mit Migrationshintergrund, weniger aus Arbeiterfamilien, mehr deutsche, akademische Mittelschicht. Der Stadtteil wird Stück für Stück grundsaniert, das lockt neue Bewohner. 30 der 105 Kinder stammen noch aus bildungsfernen Schichten, zwölf Nationen sind im Haus vertreten, unter dem Strich eine „gute, vielfältige Mischung", findet Kitaleiterin *Angelika Holz*. Seit 32 Jahren ist sie hier. Sie hat den Wandel der Klientel, der Elternschaft, den immer neuen Wechsel der pädagogischen Konzepte begleitet. Einst waren es Eltern, die alles der Kita überließen, dann kamen Eltern, die bei allem mitreden wollten, heute sind viele Doppelverdiener dabei, interessiert, kritisch, mit hohen Erwartungen, aber beruflich zu eingespannt, vermutet Holz, um tatsächlich mit anzupacken.

Seit PISA stehen die Zeichen auf mehr Leistungsorientierung. Mehr Bildung, weniger Betreuung im Kindergarten. Längst hat die Kita reagiert. Frühenglisch, Turnen, Musik, Kinderchor, Sprachförderung stehen auf dem Programm. Die niedersächsischen Orientierungspläne definieren die Eckpunkte dessen, was in der Qualitätsdiskussion der Arbeiterwohlfahrt Usus ist. In den Arbeitskreisen der AWO werden kontinuierlich Qualitäts-Leitfäden zu Themen aus dem Kita-Alltag weiterentwickelt, von Eingewöhnung bis zu Bildung. Erzieherinnen aus den Kindergärten sind dabei, Fachberater der AWO, Elternvertreter. „Ein furchtbar

Große Anforderungen an die pädagogische Arbeit: Mitte der 1990er-Jahre hatte die Kita in Berlin-Kreuzberg einen Ausländeranteil von 75 Prozent, heute sind es 98. Die meisten Eltern sind arbeitslos, die meisten Kinder können kein Wort Deutsch, wenn sie in die Kita kommen.

Kita Kirchstraße, Hannover: Weniger Kinder aus Arbeiterfamilien, mit Migrationshintergrund, dafür mehr aus der deutschen akademischen Mittelschicht. Die Eltern haben hohe Erwartungen an das Kita-Personal.

Foto: Christian Burkert

anstrengender Prozess", sagt Holz, „der aber viel für die Auseinandersetzung mit der Qualität der Kita-Arbeit bringt."

2005 hat Holz einen neuen Ansatz in die Kita geholt: Das Projekt „Kinderwelten" zur vorurteilsfreien Erziehung, welches das Team in Kooperation mit dem Institut für den Situationsansatz an der FU Berlin in der Kirchstraße umsetzt. Im Zentrum stehen vier Ziele: Ich-Identität und Verhältnis zur sozialen Gruppe stärken; Vielfalt kennen lernen und Empathie entwickeln; Einseitigkeiten wahrnehmen und kritisieren; Diskriminierung widersprechen. Seitdem sitzt eine lebensgroße Puppenfamilie auf einem roten Sofa im Eingangsflur: Familie Neumann, eine binationale Patchworkfamilie. Gemeinsam haben Kinder, Erzieher und Eltern Biographie und Namen der Familienmitglieder erfunden, haben genäht, gebastelt, arrangiert. So begleiten *Laila*, *Felix*, *Isball* und *Jonas* die Kinder auf Veranstaltungen, werden genutzt für Gesprächsrunden in den Gruppen. Holz: „Die Puppen mit eigener Persönlichkeit helfen bei der pädagogischen Arbeit." Zum Beispiel regen sie die Kinder an, Gefühle auszudrücken, sich in andere hineinzuversetzen oder Konflikte zu lösen.

Kürzlich erst haben sich Trommellehrerin Petra Kuhnt und ihre Kollegin *Gabriele Bode* Jonas geschnappt, den Jüngsten der Neumanns. Mit seiner Hilfe konnten sie im Gespräch mit den Kids leichter herausfinden, was den Kindern wichtig ist am Geburtstagfeiern, diesem Haltepunkt in der Identitätsfindung. Beide haben für das Projekt „Kinderwelten" einige Fortbildungen besucht, sind Expertinnen für den Situationsansatz geworden. In den AWO-Arbeitskreisen entwickelten sie Leitfäden mit, zum Thema Gender etwa. Diskutierten mit Kollegen: Inwieweit ist das überhaupt Thema für die Kinder? Wie können wir Geschlechterdifferenzen bewusst machen? Pauschalisierungen entgegensteuern? „Bei der AWO können wir zudem so viele Fortbildungen im Jahr zum Situationsansatz machen, wie wir brauchen", sagt Petra. „Das hilft sehr für die Arbeit hier."

Zeit ist knapp

Trotzdem ist die Zeit im Alltag knapp, all das umzusetzen, was die Erzieherinnen pädagogisch für sinnvoll erachten. Gerne würden sie häufiger als zweimal im Monat in Minigruppen auf Stadterkundung gehen. Damit die Kinder lernen, sich zu orientieren, und die Erzieherinnen sich mal intensiver mit ihnen unterhalten können als in den normalen 25er-Gruppen. Gerne würden sie mehr Zeit in die Gestaltung der individuellen Kinder-Mappen stecken mit Zeichnungen, Kommentaren, Fotos, die die Kleinen in ihren Fächern wie einen Schatz hüten. Gerne würden sie häufiger entlang des Orientierungsplans systematisch Projekte entwickeln. Wie kürzlich beim Thema Wasser, als sie mit den Schützlingen ein Blubberlied erfanden (Musikalische Bildung), Boote falteten (Feinmotorik), ein Wasserschubkarrenrennen veranstalteten und mit Gegenständen, die untergehen und schwimmen, experimentierten (beobachten, rechnen). Vieles ist machbar, aber es ist nicht genug. Bei 3,75 Stunden für Vorbereitung wird es zeitlich eng. Zumal die Elternarbeit in den vergangenen Jahren viel aufwändiger geworden ist. „Die Eltern sind heute kritischer und wollen genau Bescheid wissen, was wir jeden Tag machen", sagt Petra. Regelmäßige Elterngespräche sind längst selbstverständlich, ein Elternbuch dokumentiert über das ganze Jahr die Highlights des Kita-Alltags.

Angelika Holz nickt. Die Orientierungspläne sind ein sinnvoller Ansatz, „endlich mal wurden die pädagogischen Grundsätze zu Papier gebracht". Aber bei einem durchschnittlichen Krankenstand von 14 Tagen im Jahr stößt auch eine Kita ohne formale Personallücke an ihre Grenzen, denn: „Viele Wochen stehen wir de facto mit einem Betreuungsschlüssel von 1:25 da. Sinnvoll wären eine Erzieherin für acht Kinder, 20 Prozent Vorbereitungszeit und eine bessere Ausbildung der Fachkräfte." Aus dem Garten dringt dutzendfaches Kinderkreischen. Holz lacht. „Obwohl sich das nicht ändert, kriegen wir das hier trotzdem auf die Reihe. Schließlich hat doch jeder das Recht auf eine gute Bildungschance, oder nicht?"

Anja Dilk, freie Journalistin

„An den Rahmenbedingung

Interview mit der Wissenschaftlerin Susanne Viernickel über die Qualität von Kita-Arbeit

Foto: privat

Susanne Viernickel, Professorin für Pädagogik der frühen Kindheit an der Alice Salomon Hochschule Berlin

E&W: *Möglichst alle Kinder sollen in die Kitas und das möglichst früh. Die Frage nach der Qualität der Kitas wird immer wichtiger. Was zeichnet eine gute Kita aus?*

Susanne Viernickel: Es gibt hier unterschiedliche Herangehensweisen. Die eine sagt, Qualität ist das, was die Stakeholder darunter verstehen – also Fachkräfte, Eltern, Gemeinde, Schulen, Unternehmen. Die andere versucht, Qualität nach wissenschaftlichen Kriterien zu überprüfen. Leitfragen sind dabei: Erstens, unter welchen Bedingungen entwickeln sich die Kinder gut; zweitens, unter welchen Bedingungen gelingt es, die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit optimal zu unterstützen?

E&W: *Nach welchen Maßstäben gehen Sie vor?*

Viernickel: Einerseits richtet sich der Blick unseres Forschungsteams am Institut PädQuis* der FU Berlin auf die Strukturen, auf die Rahmenbedingungen der Kita-Arbeit. Andererseits nehmen wir das alltägliche Handeln im Erziehungsprozess unter die Lupe. Zu den strukturellen Kriterien gehören Gruppengröße, Ausbildung sowie Bezahlung der Erzieherinnen und der Betreuungsschlüssel.

Wir haben kürzlich eine Expertise vorgelegt, in der wir viele Studien analysierten, die den Einfluss des Betreuungsschlüssels auf die Qualität der kindlichen Bildung und Erziehung untersucht haben (s. *E&W* 6/2009, S. 23). Demnach scheint es Schwellenwerte zu geben, die nicht unterschritten werden dürfen – sonst leidet die Qualität der Kita-Arbeit. Das heißt, die Erzieherinnen haben in diesem Fall keine Chance, die Kinder pädagogisch optimal altersgerecht zu fördern. Bei Kindern, die jünger als drei Jahre sind, ist dieser Schwellenwert eins zu vier, bei älteren eins zu acht.

E&W: *Inwieweit wirkt sich der Betreuungsschlüssel auf die Entwicklung des Kindes aus?*

Viernickel: Das können wir nicht exakt bemessen. Auch andere Faktoren spielen eine Rolle. Etwa, wie gut ist die Erzieherin ausgebildet, wie geht sie mit den Kindern um, wie organisiert die Kita-Leitung den Arbeitsalltag? Eine Erzieherin, die mit Herz, Hand und Kopf engagiert in knapper Zeit mit den Kindern arbeitet, kann vielleicht mehr bewegen als eine, die ausreichend Zeit hat, aber pädagogisch weniger versiert ist. Da gibt es tausend Varianten. Unterm Strich entscheidet die strukturelle Qualität einer Kita zu 26 bis 52 Prozent über die Qualität der pädagogischen Arbeit.

E&W: *Welche Rolle spielen Qualitätsmaßstäbe in der Ausbildung?*

Viernickel: Alle internationalen Studien zeigen: Je besser die Qualifizierung der Erziehenden, desto häufiger machen sie Angebote, die dem Entwicklungsstand der Kinder angemessen sind. Einfach, weil sie mehr darüber wissen, was Kinder in ihrer jeweiligen Entwicklungsphase brauchen.

E&W: *Nach welchen weiteren Kriterien beurteilen Sie die Qualität der Kita-Arbeit?*

Viernickel: Wir schauen uns an, was auf der Orientierungsebene passiert. Damit sind alle Werte und Leitlinien gemeint, die in den Bildungsprogrammen und im Selbstverständnis der Einrichtungen festgelegt sind und mit denen die Erzieherinnen an ihre Arbeit gehen. Wer glaubt, dass vor allem die Gene die Entwicklungsmöglichkeiten eines Kindes festschreiben, wird sich Kindern gegenüber anders verhalten als jemand, der vom maßgeblichen Einfluss der Erziehung überzeugt ist. Die akademische Ausbildung zu einer reflektierten Kindergartenpädagogik ist deshalb außerordentlich wichtig.

E&W: *Was macht gute pädagogische Arbeit aus?*

Viernickel: Ganz wesentlich dabei: Wie gehen die pädagogischen Fachkräfte mit den Kindern um? Ist ihr Stil von Akzeptanz und Wertschätzung geprägt, handeln sie auf Augenhöhe? Wie begegnen sie den Kindern auf der sprachlichen und kognitiven Ebene? Wenn sie sich gemeinsam ein Buch anschauen, reden sie anschließend über das Buch, finden sie dabei eine angemessene Sprache und suchen zusammen mit dem Kind nach altersgerechten Antworten? Nehmen sie die Perspektive des Kindes ein, folgen sie seinen Interessen? Sustained shared thinking nennen wir diese pädagogische Methode. Nach aktuellen schwedischen Forschungen fördert sie sehr die Denkprozesse der Kinder.

Wichtig auch, wie die Räumlichkeiten in den Kitas gestaltet sind. Sind sie strukturiert durch Ruheinseln, Bauflächen und Tobeareale oder vermitteln sie eher den Eindruck von Kraut und Rüben? Dann überprüfen wir, ob alle Bildungsbereiche in der Alltagsarbeit berücksichtigt werden – gibt es zum Beispiel Projekte, in denen Musikalität, Kreativität, Motorik oder Zahlenverständnis angeregt werden? Außerdem: Wie wird der Tagesablauf gestaltet? Strukturiert und ausbalanciert oder beliebig? Wie werden die Kinder bei ihrer Ankunft begrüßt? All diese Faktoren ergeben zusammen ein detailliertes Bild

Foto: David Ausserhofer

en muss gedreht werden!“

von der pädagogischen Qualität einer Einrichtung.

E&W: *Wenn die nicht stimmt – woran hakt es?*

Viernickel: An der mangelnden Ausbildung der Fachkräfte. Unsere Kinder verbringen im Schnitt 4000 wache Stunden ihres Lebens in der Kita, da können wir es uns gar nicht leisten, auf hochprofessionelle Erzieherinnen und Erzieher zu verzichten, die die Kinder optimal fördern, sich mit den Eltern auf Augenhöhe auseinandersetzen können, diese respektieren, aber auch klar vermitteln: Wir sind die pädagogischen Experten. Mittlerweile bieten Hochschulen an mehr als 50 Standorten in Deutschland Ausbildungen für frühkindliche Pädagogik an. Schätzungsweise die Hälfte bis zwei Drittel der Absolventen werden später in die Kitas gehen. Das wird einiges verändern.

E&W: *Was kann man tun, damit sich die Kita-Arbeit schon heute verbessert?*

Viernickel: Die interne Evaluation ist ein ganz wesentlicher Hebel. Mit Hilfe der Kriterienkataloge der nationalen Qualitätsinitiative, die vor einigen Jahren vom Familienministerium ins Leben gerufen wurde, können sich die Kitas intern selbst evaluieren und so Schritt für Schritt überprüfen: Was heißt für uns gute Qualität, was läuft in unserer Einrichtung gut, was sollten wir verbessern? Manche plädieren auch für ein externes Gütesiegel. Dazu müsste man allerdings in einem bundesweiten Prozess eine neue Organisation gründen. Aber letztlich verändert sich kaum etwas, wenn nicht an den Rahmenbedingungen gedreht wird. Und das heißt vor allem: ein besserer Erzieher-Kind-Betreuungsschlüssel sowie mehr Vor- und Nachbereitungszeiten für die Fachkräfte.

E&W: *Doch bessere Rahmenbedingungen sind im Moment politisch kaum in Sicht.*

Viernickel: Und das ist fatal. Zumal die Situation vor Ort aufgrund von Krankheitszeiten oder nicht besetzten Stellen sehr schlimm aussieht. Zudem: Vorbereitungszeiten, Fortbildungen, Kindesbeobachtung wird meist bei der Kalkulation des Personals überhaupt nicht berücksichtigt. Dabei verbringen Erzieherinnen 25 bis 40 Prozent ihrer Arbeitszeit mit diesen Tätigkeiten. Wie es in den Kitas in den einzelnen Bundesländern vor Ort tatsächlich aussieht, ist völlig intransparent. Hier muss sich dringend etwas ändern. Nur haben Erzieherinnen leider keine starke Lobby.

Interview: Anja Dilk, freie Journalistin

* PädQuis ist ein Forschungs- und Entwicklungsinstitut, das Einrichtungen und Trägerorganisationen qualifiziert sowie Instrumentarien zur dauerhaften pädagogischen Qualitätssicherung bereitstellt.
Nähere Infos:
www.paedquis.de

Die Studie „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“ von *Susanne Viernickel* und *Stefanie Schwarz* finden Sie im Internet unter
www.gew.de/Kitas_in_Deutschland_allein_gelassen_Verbaende_fordern_Qualitätsoffensive_Kita.html

Preis der Schmerzgrenze

Gesundheitsschutz: großer Handlungsbedarf in den Kitas

Künftig haben beispielsweise Erzieherinnen und Sozialarbeiter tarifvertraglich verbriefte Rechte für einen besseren Gesundheitsschutz – so das Ergebnis der Ende Juli getroffenen Tarifvereinbarung für die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen des öffentlichen Dienstes (s. Seiten 16f.). Wie groß der Handlungsbedarf tatsächlich ist, zeigt ein Blick in die Kita-Praxis.

*Christiane A.** stöhnt: „Der Lärmpegel ist extrem hoch, bei 27 Kindern pro Gruppe ist das auch nicht verwunderlich." Nachmittags ist die gelernte Kinderpflegerin teilweise allein mit den Kindern, da die Gruppenleiterin, eine Erzieherin, nur halbtags arbeitet. Mit dem Alter steigt die Lärmempfindlichkeit, erzählt sie. Seit zehn Jahren leidet sie unter Migräne. „Vielleicht schaffe ich es ja, bis zum 50. Geburtstag am Ball zu bleiben", scherzt die 48-Jährige.

Sollte das nicht klappen, wäre sie keine Ausnahme: Acht von zehn Kita-Beschäftigten scheiden laut einer Studie der Gewerkschaft ver.di vorzeitig aus dem Beruf aus (s. auch GEW-Erzieherinnen-Befragung „Wie geht's im Job?" unter: www.gew.de/GEW_Kita_Studie_Wie_gehts_im_Job.html und in *E&W* 2/2007). Schuld daran sind nicht nur die bislang schlechten Verdienstmöglichkeiten, sondern eben auch die strapaziösen Arbeitsbedingungen.

Grundlage für die ver.di-Untersuchung war der DGB-Index „Gute Arbeit"**, der insgesamt 13 Kriterien zur Arbeitsbelastung, Einkommenssituation und Motivation von Arbeitern und Angestellten auflistet. Laut dieser Studie sind 78 Prozent der Erzieherinnen mit ihrer Arbeit vollständig oder zumindest überwiegend zufrieden, obwohl andererseits eine Mehrheit Lärmbelastung und ein hohes Arbeitspensum beklagt. Der hohe Grad an Zufriedenheit fuße auf einer so genannten intrinsischen Motivation, d. h. die Beschäftigten übten die Tätigkeit in erster Linie wegen der wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe, die aus dem Beruf erwächst, aus, erläutern die Autoren in ihrer Studie.

Diese hohe Bereitschaft, über die Schmerzgrenze hinaus zu arbeiten, hat ihren Preis: Lediglich eine Minderheit von 13 Prozent gab in der Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Untersuchung an, während bzw. unmittelbar nach der Arbeit keine gesundheitlichen Beschwerden zu empfinden. Nur 26 Prozent der Befragten können sich vorstellen, gesund das Rentenalter zu erreichen.

Christiane A. beschreibt die Situation so: „Die Kinder sind in den letzten Jahren lauter geworden." Viele der Jungen und Mädchen kommen aus sozial benachteiligten und zerrütteten Familien, manche haben ADHS (Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung; s. *E&W* Schwerpunktthema 5/2009). Doch mehr Personal hat es dafür bislang nicht gegeben. 17 Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen betreuen in einer Einrichtung am bayerischen Untermain rund 100 Kinder in Krippe und Kita. Ein guter Schnitt, doch das Gros der Mitarbeiterinnen ist teilzeitbeschäftigt.

„Kein Blick fürs Notwendige"

„Den Arbeitgebern fehlt es am Blick für das Notwendige", kritisiert Christiane A. Als Beispiel nennt sie die Sanierung der Räume ihrer Kita vor einigen Jahren. Die Architekten hätten sich sichtlich Mühe gegeben, die Einrichtung so auszustatten, dass sie den neuesten Anforderungen für eine Kita mit Bildungsanspruch genüge. „Vergessen haben sie

** s. auch www.gew.de/DGB-Index_Gute_Arbeit_2008_Prekaer_Beschaeftigte_ziehen_fast_ueberall_den_Kuerzeren_2.html und *E&W* 9/2008

Foto: David Ausserhofer

Lärmbelastung ist ein großes Gesundheitsrisiko im Erzieherinnenalltag. Viele Arbeitgeber unterschätzen das Lärmproblem.

aber die Lärmdämmung“, berichtet die Kinderpflegerin. Vier Jahre dauerte es, bis Abhilfe geschaffen wurde. „Das Schlimme ist, dass man sich an den Lärm äußerlich gewöhnen kann“, sagt die Kollegin von Christiane A., *Claudia F.* „Wie krank Lärm machen kann, merkt man erst später. Ab Mitte 30 nimmt das Gesundheitsrisiko zu“, schildert die Mittvierzigerin das Problem.

Lärm unterschätzt

Karola S. arbeitet erst seit wenigen Monaten in der Einrichtung. Doch auch sie spürt schon die Belastungen. „Während der Essensausgabe oder nach dem Mittagsschlaf der Kleinen in der Krippe ist der Lärmpegel besonders hoch.“ Und anders als vielleicht andere Frauen in ihrem Alter hat die 26-jährige Erzieherin dies bereits als Belastung wahrgenommen. Das Erholungsbedürfnis nach Feierabend nehme zu, sagt sie. Doch viele Arbeitgeber unterschätzten das Lärmproblem, sagt sie.

Bernhard Eibeck, Jugendhilfereferent beim GEW-Hauptvorstand, kennt solche Klagen. Problematisch ist nach seinen Worten die Mischung aus verschiedenen gesundheitlichen Belastungen und dem Arbeitsdruck. „Was für die eine Erzieherin noch ein erträglicher Lärm ist, kann für die andere Kollegin bereits unerträglich sein und in Kombination mit der zu hohen Arbeitsbelastung zu psychosomatischen Erkrankungen führen“, meint Eibeck. Notwendig seien daher individuelle Lösungen. Karola S. beschäftigt noch ein anderes Problem. Sie vermisst einen Rückzugsraum für die Erzieherinnen. „Meine Mittagspause muss ich bei schlechtem Wetter im Foyer der Einrichtung machen, da ist an Ruhe gar nicht zu denken; entweder es kommt ein Kind mit einer Frage, eine Kollegin mit einer Bitte oder man wird von Eltern, die ihre Kinder aus der Vormittagsbetreuung abholen, in ein Gespräch verwickelt.“ Angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen zweifelt die junge Erzieherin daran, dass der vom Träger der Einrichtung, einem Verein der Wohlfahrtspflege, formulierte Anspruch, die Kita als Bildungsstätte auszubauen, erfüllt werden könne.

Norbert Hocke vom Geschäftsführenden Vorstand der GEW sieht das genauso. „Wenn die Qualität der Arbeit stimmen soll, dürfen nicht mehr als 15 Kinder in einer von zwei Fachkräften betreuten Gruppe sein“, fordert der GEW-Kita-Experte.

Die Realität ist eine andere. Laut einer im Mai veröffentlichten Studie der Berliner Alice Salomon Hochschule (ASH) (s. *E&W* 7-8/2009) wird der von Wissenschaftlern empfohlene Betreuungsschlüssel von einer Fachkraft für maximal zehn Drei- bis Sechsjährige in keinem Bundesland erreicht. Beim Schlusslicht Brandenburg kommen gar 20 Kinder dieser Altersgruppe auf eine Erzieherin. Der von der Bundesregierung geforderte Umbau der Kitas zu Bildungsstätten sei mit einem solch schlechten Personalschlüssel nicht zu bewerkstelligen, kritisiert die Autorin der Studie, *Susanne Viernickel* (s. Seite 10).

Eibeck ergänzt: „Wenn man die Kitas als Bildungsstätten haben will, dann muss man dem Personal auch genügend Zeit für die Vor- und Nachbereitung ihrer Arbeit geben.“ Doch bundesweit sind die Regelungen unterschiedlich. Im Schnitt stehen den Erzieherinnen laut der GEW-Studie „Wie gehts im Job?“ zwei Stunden in der Woche für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung. 21 Prozent der Befragten gaben gar an, dass sie für diese Arbeit überhaupt kein Zeitbudget hätten.

Karola S. war vor ihrer jetzigen Stelle in Bayern als Erzieherin in Frankfurt am Main tätig. „Dort standen mir zwei Stunden pro Woche für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung“, sagt sie. In Bayern muss sie diese Tätigkeit dagegen in ihrer Freizeit erledigen; für die Zeit ab Herbst wird ihr und ihren 16 Kolleginnen eine halbe Stunde wöchentlich in Aussicht gestellt.

Christiane A. und Claudia F. bleiben skeptisch. „Versprochen hat man uns in den vergangenen Jahren viel, doch geändert hat sich nicht wirklich etwas“, meinen sie. Sie befürchten daher, dass sie auch in Zukunft Elterngespräche nach Feierabend im heimischen Wohnzimmer vorbereiten müssen.

Jürgen Amendt, Redakteur „Neues Deutschland“

*Alle Namen geändert.

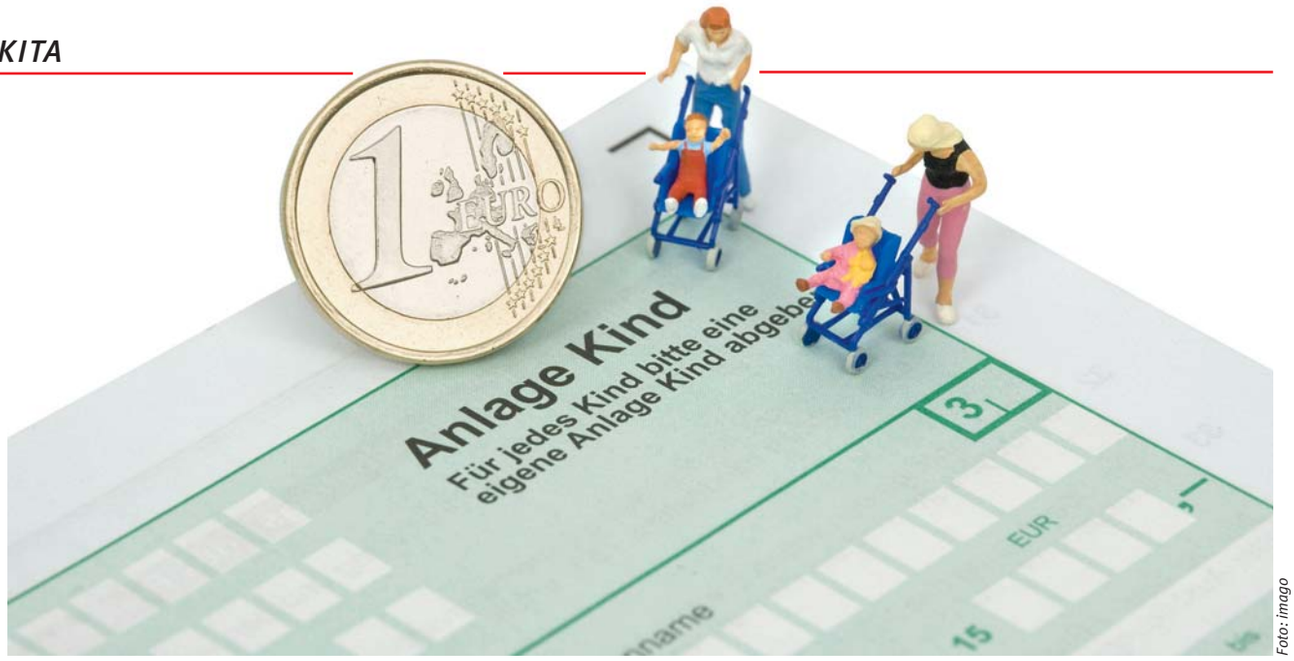


Foto: imago

Kinder brauchen mehr

Bündnis Kindergrundsicherung fordert 500 Euro pro Kind

Foto: Privat

Barbara König

Aktuell leben weit mehr als 2,4 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut. Armut bedeutet vor allem einen Mangel an Einkommen, Ressourcen und Lebensperspektiven. Die Folgen sind gravierend: Die Kinder haben keinen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Freizeitaktivitäten. Sie weisen nicht selten gesundheitliche Defizite auf und leben oft in sehr beengten Wohnverhältnissen.

Der Staat muss endlich seiner Verantwortung nachkommen, die Existenzsicherung von Heranwachsenden zu garantieren. Zwar gibt er für Familienförderung rund 44,5 Milliarden Euro pro Jahr aus. Hinzu kommen 77 Milliarden für ehebezogene Maßnahmen, z. B. für das Ehegattensplitting. Es ist jedoch fraglich, ob die staatliche Unterstützung dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird: bei den Kindern von Familien ohne oder mit niedrigem Einkommen.

Realer Bedarf nicht gedeckt

Das gesamte Familienfördersystem ist intransparent, bürokratisch und sozial ungerecht. An einzelnen Schräubchen im System zu drehen, reicht deshalb nicht aus. Die Kinderregelsätze im Sozialgesetzbuch (SGB) II sind willkürlich vom Eckregelsatz für Erwachsene abgeleitet und decken keinesfalls den realen Bedarf von Kindern und Heranwachsenden, da sie z. B. keinen Cent für Bildungsausgaben enthalten. Durch die Anrechnung von Kindergeld auf das Sozialgeld erhalten es die ärmsten Kinder faktisch nicht. Zugleich bekommen gutverdienende Familien deutlich mehr: Denn der steuerliche Kinderfreibetrag hat zur Folge, dass Eltern ab einem Jahreseinkommen von etwa 70 000 Euro bis zu 240 Euro pro Kind und Monat bekommen. Das stellt rund zehn Prozent aller Eltern besser als die meisten anderen, die für das erste und zweite Kind nur 164 Euro erhalten.

Systemwechsel notwendig

Um das Fördersystem gerechter und effizienter zu gestalten, ist ein grundlegender Systemwechsel notwendig. Das Konzept der Kindergrundsicherung soll alle bisherigen Transfers durch eine einzige Leistung für alle Kinder ersetzen. Dies fordert ein Bündnis aus Verbänden, u. a. Arbeiterwohlfahrt (AWO), Deutscher Kinderschutzbund, Zukunftsforum Familie (ZFF) und der GEW sowie namhaften Wissenschaftlern. Die Kindergrundsicherung von rund 500 Euro pro Kind und Monat soll als gestufte Leistung den Grundbedarf aller Kinder decken. Zunächst soll allen das sächliche Existenzminimum in Höhe von 322 Euro als unbürokratische Leistung garantiert werden. Bis der Staat sämtliche Angebote an Bildung, Betreuung und Erziehung gebührenfrei zur Verfügung stellt, verlangt das Bündnis zusätzlich einen weiteren Betrag von 180 Euro. Die Gesamtsumme von 502 Euro entspricht exakt der Höhe des derzeitigen soziokulturellen Existenzminimums.

Die Kindergrundsicherung soll einkommensunabhängig an alle Eltern bzw. die jungen Erwachsenen ausgezahlt werden und Vorrang vor anderen Sozialleistungen haben. Um sie sozial gerecht auszugestalten, soll sie mit dem Grenzsteuersatz des bisherigen elterlichen Einkommens versteuert werden. D. h., sie schmilzt mit steigendem Einkommen langsam ab, während Familien ohne oder mit geringem Einkommen die gesamte Leistung erhalten. Schließlich soll sie höchstens bis zum 27. Lebensjahr gezahlt werden und Teil der Ausbildungsförderung sein. Die Kosten für das Modell können größtenteils durch eine Umverteilung der bereits bestehenden Ausgaben sowie über Steuerrückflüsse finanziert werden.

Nur Mut!

Der Wechsel vom System vieler monetärer Einzelmaßnahmen hin zu einer transparenten Kindergrundsicherung erfordert politischen Mut über Parteigrenzen und Legislaturperioden hinweg. Wenn alle politischen Kräfte in Deutschland die Priorität auf ein gerechtes und gutes Aufwachsen von Kindern legen, kann ein solcher Systemwechsel aber gelingen. Kindergrundsicherung ist eine konsequente und mutige Lösung. Weit mehr als 2,4 Millionen arme Kinder in Deutschland haben diesen Mut verdient.

Barbara König, Geschäftsführerin Zukunftsforum Familie

Unter *www.kinder armut-hat-folgen.de* sind Informationen über die Kindergrundsicherung, die Bündnispartner und weitere Aktivitäten abrufbar. Dort stehen auch Bildmotive und Homepage-Banner der Kampagne zum Download bereit. Zudem wurde ein Flyer produziert, der an vielen Orten ausliegt und die Kampagne weiter verbreiten soll. Weitere Infos auch auf der GEW-Website unter: *www.gew.de/Buendnis_fordert_500_Euro_Kindergrundsicherung.html*

Erzieherinnen verdienen mehr!

Neue Eingruppierung im TVöD

Nach acht Verhandlungsrunden und einem zuletzt vier Tage und Nächte dauernden Verhandlungsmarathon legte die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) am 27. Juli um 3.30 Uhr ein einigungsfähiges Angebot vor. Nach dem positiven Votum der ver.di- und GEW-Mitglieder zu dem Verhandlungsergebnis (s. Kasten) wird der Tarifvertrag zum 1. November 2009 in Kraft treten. Tarifvertraglich vereinbarter Gesundheitsschutz und mehr Geld für die Beschäftigten durch die neue Entgeltordnung sind die Kernresultate der Regelungen.

Weitere Informationen: www.gew-ego.de

Erstmals wird es im öffentlichen Dienst einen Tarifvertrag zur Gesundheitsförderung geben, der die gesetzlichen Regelungen des Arbeitsschutzes konkretisiert. Er regelt verbindlich, wie gesundheitliche Belastungen am Arbeitsplatz verringert werden. Dazu wird bei jedem Arbeitgeber eine „betriebliche Kommission", bestehend aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern, eingerichtet. In „Gesundheitszirkeln" werden für jeden Arbeitsplatz Belastungen und deren Ursachen analysiert sowie Lösungsansätze zur Verbesserung der Arbeitssituation erarbeitet. Alle Beschäftigten haben einen individuellen Anspruch auf eine Gefährdungsbeurteilung ihres Arbeitsplatzes.

Neue Entgeltordnung

Ebenfalls am 1. November 2009 tritt eine neue Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst in Kraft. Sie beinhaltet 45 berufsbezogene Tätigkeitsmerkmale, quasi Beschäftigtengruppen und deren Zuordnung zu den Entgeltgruppen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD). Dazu kommt eine neue, nur für diese Berufe geltende Entgelttabelle (die so genannte „S-Tabelle", die – zusammen mit den anderen Gehaltstabellen des TVöD – zum 31. Dezember 2009 bereits wieder gekündigt wird, um eine allgemeine, prozentuale Lohnerhöhung durchzusetzen). Mit dieser neuen Tabelle haben die Gewerkschaften ver.di und GEW ihr Ziel, die Abwärtsspirale der Gehälter für seit dem 1. Oktober 2005 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stoppen, in vollem Umfang erreicht. Zu den Gehaltsverlusten ist es gekommen, weil die Bewährungsaufstiege beim Übergang vom Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) zum TVöD gestrichen wurden. Die Folge: Erzieherinnen sind in der TVöD-Entgeltgruppe (EG) 6 auf niedrigstem Niveau hängen geblieben. Mit der neuen Entgeltgruppe S6 werden die Gehälter so weit angehoben, dass das BAT-Niveau nicht nur wieder erreicht wird, sondern es darüber hinaus zu Verbesserungen kommt. So bekommen neu eingestellte Erzieherinnen ab dem 1. November 2009 in der Anfangsstufe 1 ein Gehalt in Höhe von 2.040 Euro (gegenüber 1.922,60 Euro in der alten EG 6). In der Endstufe von S6 sind es 2.864 Euro (gegenüber bisher 2.474,80 Euro). Erzieherinnen, die aus dem BAT übergeleitet wurden, werden noch einmal in die neue Entgelttabelle übergeleitet und erhalten einen pauschalen Zuschlag in Höhe von 2,65 Prozent (Beispiel für Gehaltsabrechnung s. Seite 18).

Auch für Kita-Leitungen wird es spürbare materielle Verbesserungen geben (s. Seite 18). Nicht gelungen ist allerdings, die Bemessungskriterien für die Eingruppierung zu verändern. Die Gewerkschaften hatten gefordert, zusätzlich zu der Zahl der Kita-Plätze zwei weitere Kriterien – Anzahl der Gruppen und der Beschäftigten – hinzuzunehmen. Dies haben die Arbeitgeber abgelehnt. Sie zeigten sich lediglich bereit, das Abgruppierungsrisiko etwas abzumildern, wenn die Zahl der Plätze gesenkt wird. Werden nicht mehr als fünf Prozent der Plätze gestrichen, wird die Eingruppierung künftig nicht verändert. Ebenso kommt es nicht zu einer Abgruppierung, wenn der Arbeitgeber die Platzzahl aus qualitativen Gründen senkt. Wenn die Platzzahl etwa wegen der Aufnahme von Kindern, die jünger als drei Jahre oder behindert sind, reduziert wird, verschlechtert sich die Eingruppierung der Leitung nicht.

Der Verhandlungskompromiss, den die GEW als „respektables Ergebnis" bezeichnete, wäre ohne das massive Engagement der Betroffenen nicht zustande gekommen. Wochenlange Streiks, die die Eltern überwiegend akzeptiert haben, sorgten dafür, dass die Arbeitgeber ihre Blockade in der sechsten Verhandlungsrunde aufgeben mussten. Erst nachdem der Protest immer lauter und die Unterstützung der Beschäftigten aus der Politik, insbesondere auch von Familienministerin *Ursula von der Leyen* (CDU) immer deutlicher wurden, machten sie verhandlungsfähige Angebote.

Nicht alle Ziele erreicht

Dass trotz des enormen Engagements nicht alle Ziele erreicht werden konnten, ist ein Wermutstropfen. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen haben eine deutlichere Aufwertung der sozialen Berufe nicht zugelassen. Die Arbeitgeber waren nicht bereit, angesichts zurückgehender Steuereinnahmen die notwendige, noch bessere Eingruppierung der Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes mitzutragen.

Die neue Entgeltstruktur gilt bis zum 31. Dezember 2014. Bis dahin ist jetzt fünf Jahre Zeit, den Boden für die Gleichstellung aller pädagogischen Berufe des Elementar- und Primarbereichs sowie die Aufwertung sozialer Berufe zu bereiten.

Bernhard Eibeck, Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand

Foto: dpa

Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, die Verhandlungsführerin der GEW, Ilse Schaad, und der VKA-Verhandlungsführer, Thomas Böhle (v.l.n.r.), informieren die Medien über den Stand der Gespräche.

Der erste wichtige Schritt

GEW-Kommentar zum Tarifabschluss für den Sozial- und Erziehungsdienst

Foto: Kay Herschelmann

Ilse Schaad

84 Prozent der befragten GEW-Mitglieder haben dem Tarifabschluss vom 27. Juli für eine neue Entgeltordnung im Sozial- und Erziehungsdienst zugestimmt. In vielen Veranstaltungen hatten zuvor haupt- und ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen das komplizierte Ergebnis erläutert. Dabei zeigte sich, dass der Unterschied zwischen Erwartung und Ergebnis ganz besonders in den Streikhochburgen deutlich wahrgenommen wird. So haben beispielsweise in Bayern 41 Prozent dem Ergebnis nicht zugestimmt. Gewünscht haben wir alle uns mehr. Gewünscht haben wir uns, dass für alle eine deutliche Aufwertung des Berufsfeldes herauskommt. Wir haben jedoch schmerzhaft erfahren, dass es einen Unterschied zwischen der vollmundigen Erklärung von Politikern (die wiedergewählt werden wollen) und dem Auftreten ihrer Verhandler auf Arbeitgeberseite gibt. „Politik vergeht, Verwaltung besteht" – so lässt sich der Enthusiasmus der Vertreter der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) für die Anliegen „ihrer" Politiker beschreiben.

Eine nachhaltige Aufwertung der sozialpädagogischen, insbesondere der Erzieherberufe, ist in dieser Verhandlungsrunde nicht gelungen – aber ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Gelungen ist eine teilweise beträchtliche Einkommenserhöhung insbesondere für die Erzieherinnen, die nach dem 1. Oktober 2005 eingestellt worden sind. Diese Erzieherinnen, die auf das Lebensarbeitseinkommen gerechnet einen Verlust in Höhe von 135 000 Euro gegenüber dem alten Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) erlitten hätten, liegen jetzt 10 000 Euro über dem damaligen Gehaltsniveau. Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

Das ist auch das wichtigste Signal für die jungen Menschen, die sich künftig für den Erzieherberuf entscheiden sollen, um den Ausbau der Kita-Plätze bis 2013 personell abzusichern. Eine echte Aufwertung im Bereich der Erzieherinnen – so meine feste Überzeugung – ist aber erst durchzusetzen, wenn die Ausbildung auf Bachelorniveau angehoben wird. Eine deutliche Verbesserung der Ausbildung ist auch deshalb erforderlich, um die vielfältigen und wachsenden Anforderungen, die das veränderte Berufsfeld stellt, erfüllen zu können. Dies sehen auch die Erzieherinnen so: Es gibt kaum ein Arbeitsfeld, in dem so viel Fort- und Weiterbildung gemacht wird wie im Bereich sozialpädagogischer Berufe.

Insgesamt ist das Tarifergebnis gut vertretbar. Und um es klar zu sagen: Damit wird das Resultat nicht „schöngeredet". Der Bestandsschutz für die Beschäftigten ist besser und umfassend, anders als bei der Überleitung vom BAT in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Die neue Tabelle ist in sich schlüssiger als die TVöD-Tabelle.

Was nicht geklärt werden konnte, ist die Überprüfung der Tätigkeiten und Änderungen, die seit 1991 stattgefunden haben. Dies müssen die Gewerkschaften in den kommenden Jahren systematisch untersuchen und nachholen.

Die GEW war mit dem Motto „Gib 8!" in die Verhandlungen gestartet.

In den Mitgliederdiskussionen, aber auch in der Konkurrenz mit anderen Gewerkschaften, hat sich eine generelle Tendenz nach einer höheren Forderung entwickelt. Das hat uns nicht geholfen – im Gegenteil. Es hat sich gezeigt, dass Tarifforderungen nicht nach Weihnachtswunschzettelmanier entstehen dürfen. Die Erwartungen wachsen mit, die Enttäuschung, wenn man die Ziele nicht erreicht, aber auch.

Wenn man das Ergebnis bewertet, muss man einen Blick auf die Rahmenbedingungen werfen:

Diesen Tarifabschluss in dieser Phase

- mitten in der Sommerpause,
- kurz vor der Bundestagswahl,
- mitten in der schärfsten Finanzkrise seit 80 Jahren,
- in der Erwartung eines dramatischen Anstiegs der Arbeitslosenzahlen und
- des Wegbrechens der Steuereinnahmen

hinzubekommen, haben viele den Gewerkschaften nicht zugetraut.

Es waren die ungebrochene Kampfkraft der Beschäftigten und ihr Wille, diesmal nicht nur mit hoher öffentlicher Anerkennung ihrer Leistungen nach Hause zu gehen, sondern auch mit mehr Geld in der Tasche, die diesen Abschluss ermöglicht haben.

Klar scheint auch, dass dieser Abschluss nach der Sommerpause mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr möglich gewesen wäre. Deshalb: Wir haben nicht alles das geschafft, was wir uns vorgenommen hatten. Aber wir haben gute und wichtige Ziele erreicht! Das ist wie mit dem Glas, das halbvoll oder halbleer ist. Ich sehe das Glas dicke halbvoll – und ich sehe die Chance, es voll zu machen.

Ilse Schaad, Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik

Beispielrechnungen

Neue Eingruppierung

Langjährige Leiterin einer Kita mit mindestens 100 Plätzen: ab 1. November 2009 Gehaltserhöhung um 2,65 Prozent, das sind 96,34 Euro.

Beispielfall: Seit dem 1. September 1991 bei demselben Arbeitgeber beschäftigt, am 1. Oktober 2005 aus dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) übergeleitet in Entgeltgruppe (EG) 10. Am 1. Oktober 2007 wurde sie dann endgültig in die EG 10, erstes Jahr der Stufe 5 (Stufe 5/1) eingruppiert.
Am 31. Oktober 2009 wird sie im dritten Jahr der Stufe 5 (5/3) angekommen sein und ihr Gehalt (West) 3.635,35 Euro betragen. Diese Summe wird um 2,65 Prozent erhöht, dass sind 96,34 Euro. Insgesamt beträgt das Vergleichsentgelt also 3.731,69 Euro.

Nach den Überleitungsregelungen kommt sie ab 1. November 2009 von EG 10, Stufe 5/4, in S 15, Stufe 5/1. Da das Entgelt in Stufe 5 aber niedriger ist als das Vergleichsentgelt, wird das Vergleichsentgelt (= 3.761,69 Euro) solange weitergezahlt, bis die Stufenlaufzeit (in Stufe 5 sind das fünf Jahre) die nächst höhere Stufe vorsieht: Ab dem 1. November 2014 bekommt die Kita-Leiterin dann den in Stufe 6 vorgesehenen Betrag: Das sind nach heutigem Stand 3.760 Euro.

Neu eingestellte Erzieherin im Gruppendienst: ab 1. November 2009 Gehaltserhöhung 163,68 Euro .

Beispielfall: Seit dem 1. September 2006 bei demselben Arbeitgeber beschäftigt, eingestellt mit einer TVöD-Eingruppierung in EG 6, Stufe 2. Am 31. Oktober 2009 wird sie in EG 6, Stufe 3/2, sein und ein Gehalt in Höhe von 2.236,32 Euro bekommen. Sie wird übergeleitet in die neue Entgeltgruppe S 6, Stufe 3/1, mit einem Betrag von 2.400 Euro. Ihre Gehaltssteigerung beträgt aufgrund des neuen Tarifvertrags 163,68 Euro.

Sozialarbeiterin mit besonderem Auftrag der Abwehr von Gefahren für das Kindeswohl: ab 1. November 2009 184,74 Euro Gehaltserhöhung.

Beispielfall: Seit dem 1. September 2001 im Allgemeinen Sozialdienst tätig, am 1. Oktober 2005 aus dem BAT in den TVöD übergeleitet in EG 9. Am 1. Oktober 2007 endgültig in EG 9, erstes Jahr der Stufe 3 (Stufe 3/1) eingruppiert. Am 31. Oktober 2009 im dritten Jahr in Stufe 3 angekommen mit einem Gehalt (inkl. Vergütungsgruppenzulage) von 2.712,60 Euro. Dazu kommt ab dem 1. November 2009 der Zuschlag in Höhe von 50 Prozent der Vergütungsgruppenzulage, das sind 52,66 Euro.
Ab dem 1. November 2009 übergeleitet in S 11, Stufe 3/2, mit einem Gehalt in Höhe von 2.730 Euro. Durch das neue Eingruppierungsmerkmal für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, die „Entscheidungen zur Vermeidung der Gefährdung des Kindeswohls treffen“, ist jetzt eine Höhergruppierung in S 14 möglich. Damit bekommt die Sozialarbeiterin ab dem 1. November 2009 ein Gehalt in Höhe von 2.950 Euro. Damit steigt ihr Einkommen um 184,74 Euro.

S-Tabelle – Auszug für den Bereich Kindertagesstätten

– in Euro –

(bis 31.12.2009 im Osten in S 15 bis S 18 97 Prozent)

Tätigkeit	Entgelt-gruppe	Stufe 1 (1 Jahr)	Stufe 2 (3 Jahre)	Stufe 3 (4 Jahre)	Stufe 4 (4 Jahre)	Stufe 5 (5 Jahre)	Stufe 6
Kinderpfleger/-in	S 3	1.750	1.960	2.100	2.240	2.280	2.320
Kinderpfleger/-in mit schwierigen fachlichen Tätigkeiten	S 4	1.850	2.100	2.230	2.340	2.410	2.500
Erzieher/-in	S 6	2.040	2.240	2.400	2.560	2.705	2.864
Erzieher/-in mit schwierigen fachlichen Tätigkeiten	S 8	2.140	2.300	2.500	2.785 (8 Jahre)	3.045 (10 Jahre)	3.250
Heilpädagog/-in	S 8	2.140	2.300	2.500	2.785 (8 Jahre)	3.045 (10 Jahre)	3.250
Leiter/-in von Kindertagesstätten	S 7	2.075	2.275	2.435	2.595	2.715	2.890
Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 40 Kinder)	S 10	2.240	2.480	2.600	2.950	3.230	3.460
Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 70 Kinder)	S 13	2.500	2.700	2.950	3.150	3.400	3.525
Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 100 Kinder)	S 15	2.530	2.800	3.000	3.230	3.600	3.760
Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 130 Kinder)	S 16	2.630	2.910	3.130	3.400	3.700	3.880
Leiter/-in von Kindertagestätten (mind. 180 Kinder)	S 17	2.700	2.975	3.300	3.500	3.900	4.135
Stv. Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 40 Kinder)	S 7						
Stv. Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 70 Kinder)	S 10						
Stv. Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 100 Kinder)	S 13						
Stv. Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 130 Kinder)	S 15						
Stv. Leiter/-in von Kindertagesstätten (mind. 180 Kinder)	S 16						

Ergebnis der Urabstimmung

84 Prozent für Tarifabschluss

84 Prozent der in der GEW organisierten Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen und -arbeiter haben in einer Urabstimmung dem Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst zugestimmt. „Das Ergebnis zeigt, dass die Beschäftigten einen realistischen Blick auf das hart erkämpfte Ergebnis haben“, sagte GEW-Verhandlungsführerin *Ilse Schaad*.
Die Bildungsgewerkschaft hatte vom 31. Juli bis 20. August ihre Mitglieder, die im Sozial- und Erziehungsdienst bei den kommunalen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes beschäftigt sind, gefragt, ob sie der am 27. Juli erreichten Tarifeinigung zustimmen. Die zuständigen Gremien der GEW hatten in ihrer Beratung am 27. Juli die Zustimmung empfohlen.

E&W

Gegensteuern heißt auch, zur Wahl zu gehen

GEW-Kommentar zur Bundestagswahl am 27. September

Foto: Kay Herschelmann

Ulrich Thöne

Nun hat er also doch noch das Licht der Welt erblickt, der Gegenentwurf von CDU/CSU zum Deutschlandplan *Frank-Walter Steinmeiers*, seines Zeichens SPD-Kanzlerkandidat. Zwar nicht in Gestalt eines Parteiprogramms – das wäre auch zu viel Festlegung für Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (CDU) – wohl aber als „Industriepolitisches Gesamtkonzept" aus dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Hause *Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenbergs* (CSU) also. Und was dieser mediengemachte „Hoffnungsträger" aufschreiben lässt, darf getrost als Regierungsprogramm von Schwarz-Gelb gewertet werden, deckt es sich doch mit den bekannten Positionen der ewig gestrigen Marktradikalen: Entlastung der Wirtschaft durch Vergünstigungen und mehr Spielraum für die Unternehmen bei der Steuergestaltung – finanziert durch Steuererhöhungen für Lebensmittel, Zeitungen und Kulturgüter. Kein Mindestlohn, aber dafür Entkopplung der Sozialversicherungsbeiträge von den Arbeitskosten, also Zahlung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein. Und mehr Flexibilität bei den Arbeitsverträgen, also Abbau von Beschäftigtenschutzrechten.

Natürlich wird nun öffentlich zurückgerudert und dementiert. Das Papier passt dann doch zu gut in das gegenwärtig zu beobachtende roll-back der Marktradikalen: steigende Gewinne im Investmentbanking, kletternde Aktienkurse insbesondere bei Risikopapieren, Boni höher denn je, astronomische Abfindungen für gescheiterte Vorstandsvorsitzende: „Nirgendwo eine Spur von Bescheidenheit des Gescheiterten, vom Eingeständnis eines fatalen Irrtums oder gar vom schlechten Gewissen gegenüber denen, die nun als Steuerzahler oder als Arbeitslose die Suppe auszulöffeln haben, die leichtsinnige Zocker total versalzen haben" (*Erhard Eppler* in der „Süddeutschen Zeitung" vom 3. August 2009).

Was die Krise betrifft, gibt es jedenfalls längst noch kein roll-back; geschätzte 0,5 Prozent Wachstum im nächsten Jahr auf der Basis eines Minus' von zirka sechs Prozent in 2009. In der industriellen Wertschöpfung ist mit hohen, dauerhaften Verlusten zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit wird steigen, die Steuereinnahmen werden sinken, der Schuldendienst für die gigantischen Finanzmittel, die zur Krisenbekämpfung aufgenommen worden sind, wird Haushaltsmittel in großem Umfang binden.

Bleibt die Frage: Wer soll das bezahlen? Hier lohnt die genaue Prüfung der Parteiprogramme. Es geht um soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Verteilung der Belastungen.

Die Krisenverursacher sehen das anders. Geht es nach ihnen, sollen die Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise einmal mehr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen, insbesondere die des öffentlichen Dienstes. Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht nachhaltig Druck auf allen Ebenen – gerade auch mit dem Wahlzettel – dagegen ausüben, werden wir ein „Weiter so" der gescheiterten Angebotspolitik erleben: mit Lohnsenkungen, obwohl die Lohnquote mit 61 Prozent in den Jahren 2007 und 2008 ein historisches Tief erreicht hat, mit Steuer- und Gebührenerhöhungen für die abhängig Beschäftigten sowie Streichungen und Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Davon wäre auch und insbesondere der Bildungsbereich betroffen. Auch an dieser Stelle sind die Wahlprogramme aufschlussreich.

Gegensteuern heißt also nicht nur die Vertretung der ureigensten materiellen Interessen der abhängig Beschäftigten, sondern auch – als andere Seite der Medaille – die Vertretung unseres Arbeitsfeldes, des Bildungsbereichs. In wichtigen Fragen können wir uns dabei mit Bündnispartnern zusammentun, nicht zuletzt mit den Eltern, für die laut Umfrage die Bildung ein ebenso wichtiges Thema ist wie die Wirtschaftskrise. 91 Prozent der befragten Eltern wollen, dass Bund und Länder in der Bildungspolitik stärker zusammenarbeiten. Das bestätigt die GEW-Position gegen die Bildungskleinstaaterei der Föderalismusreform I eindrucksvoll.

Gegensteuern beginnt aber nicht erst am Wahltag und endet schon gar nicht mit dem Wahlergebnis. Danach muss es erst recht weitergehen. Dennoch: Das Wahlergebnis hat große Bedeutung für die Antwort auf die Frage, wer die Krisenlasten bezahlen soll – und das sollte niemandem egal sein.

Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Zickzacklinie

Kurz vor der Bundestagswahl zieht Hans-Joachim Schabedoth vom DGB-Bundesvorstand in dem Buch „Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union" eine Bilanz der Großen Koalition. Habe am Anfang noch die Hoffnung gestanden, schreibt Schabedoth, große Probleme ließen sich in einer Großen Koalition leichter lösen, weiß man es inzwischen besser. Die Koalitionäre: wundgerieben zwischen Nötigem und Möglichem. Kurs der Kanzlerin: eine Zickzacklinie.

Hans-Joachim Schabedoth: Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union. Bilanz der Großen Koalition, Schüren Verlag Marburg 2009, 152 Seiten, 14,90 Euro.

Neuer Bürger im Staat

Zur Bundestagswahl hat die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung (LpB) das Themenheft „Der Bürger im Staat" herausgegeben. Themen: Veränderungen in der Parteienlandschaft, Methoden und Instrumente der Wahlforschung sowie die Rolle der Massenmedien. Das Heft steht im Internet zum Download unter: www.buergerimstaat.de.

Die kostenlose Druckfassung kann bestellt werden bei:

Landeszentrale für politische Bildung (LpB), Stafflenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, Fax 0711/16 40 99-77,

Internet: www.lpb-bw.de/shop.

Lernt Politik aus Fehleinschätzungen?

Die Kehrtwende auf den Finanzmärkten bleibt bislang aus

In der Krise ist es fast schon schick geworden, über den Casino-Kapitalismus zu schimpfen. Selbst FDP-Chef Guido Westerwelle prangerte in diesen Tagen im Deutschen Bundestag das „Versagen der Kontrollmechanismen" an und plädierte für eine gestärkte Bankenaufsicht. Doch die Gefahr wächst, dass die Stimmung umkippt und echte Konsequenzen ausbleiben. Diese drohende politische Gefahr war Hauptthema der Fachtagung „Finanzmärkte regulieren – Umdenken – Gegenlenken", die der DGB im Juli seinem Kapitalismuskongress von Mitte Mai folgen ließ (s. E&W 6/2009, S. 26f., und Schwerpunktthema E&W 7-8/2009).

Das Zeitfenster schließt sich", meinte DGB-Chef *Michael Sommer* in seiner Eröffnungsansprache. Der Schock über das Versagen der Finanzmärkte lasse nach, betonte *John Evans*, Generalsekretär des TUAC (Trade Union Advisory Committee der OECD). Selbst Bundesfinanzminister *Peer Steinbrück* (SPD) stimmte in das Lied ein und warnte vor einer „Restauration". Nach seinen Worten ist die Sehnsucht nach dem früheren Status quo besonders auf internationaler Ebene zu spüren, vor allem in Großbritannien. Der Finanzplatz London setze alles daran, seine Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Standorten zu halten. Als Beispiel nannte Steinbrück den EU-Gipfel Mitte Juni in Brüssel, wo die britische Regierung Regulierungsforderungen aus Deutschland und Frankreich abgeblockt habe. Dahinter vermutet Steinbrück die Absicht, Geschäfte an die Themse zu locken. „Da war der Wunsch sehr spürbar, die Arbitragevorteile* einer City of London gegenüber anderen Finanzplätzen zu halten", so Steinbrück. Auf ihrem Weltfinanzgipfel Anfang April in London hatten sich 20 führende Industrie- und Schwellenländer (G 20) auf Grundzüge einer neuen Finanzordnung verständigt. Kein Finanzmarkt, kein Finanzakteur, kein Finanzprodukt dürfe künftig ohne Aufsicht sein – dies sagten die Staats- und Regierungschefs der G 20 zu. Dabei bleibe es auch, erklärte ein Sprecher der britischen Regierung, der einen Tag nach der DGB-Tagung die dort von Steinbrück geäußerte Kritik zurückwies.

*Anm.d.Red.: Arbitrage bezeichnet das Ausnutzen von Preisunterschieden für gleiche Waren auf verschiedenen Märkten. Dieser Vorteil existiert in der Regel nur eine bestimmte Zeit.

Weiter Druck machen

Doch die Zweifel bleiben. Lebendig zeigt sich der Neoliberalismus auch auf der Arbeitsebene, wie *James Howard* vom Internationalen Gewerkschaftsbund (International Trade Union Confederation, ITUC) berichtete. Zwar pflege *Dominique Strauss-Kahn*, geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), eine andere Rhetorik als seine Vorgänger. Doch in der konkreten Politik sei von einer Kehrtwende wenig zu sehen. Noch immer zwinge der IWF viele Länder, etwa die osteuropäischen Staaten, mit seinen Programmen zu einer „prozyklischen Politik", zu Kürzungen im Staatshaushalt in der Krise, zu Privatisierungen und einer Liberalisierung.

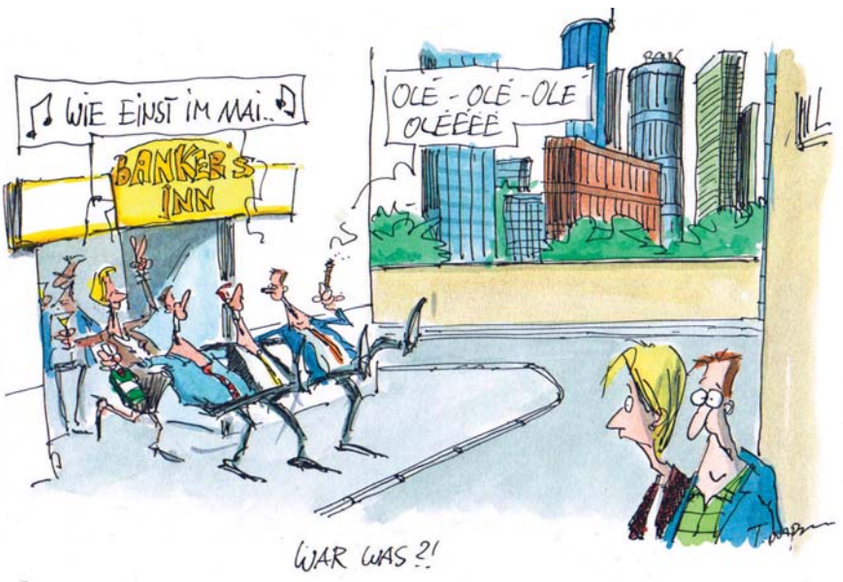
Die Widerstände gegen eine Zähmung der Finanzmärkte wachsen also. Aber was folgt daraus? „Umso wichtiger ist es, weiter Druck zu machen", meinte DGB-Vorsitzender Sommer. *Dirk Hierschel*, Chefvolkswirt des DGB, rief dazu auf, mit wirksamen Reformen gegen den Casino Kapitalismus zu Hause zu beginnen. Hierschel warf Steinbrück vor, über Blockierer in Großbritannien zu sprechen, um von eigenen Versäumnissen abzulenken. „Die Restauration findet hier und jetzt statt", betonte Hierschel. Es gebe durchaus nationale Spielräume für eine Regulierung.

Beharren und Selbstkritik

Diese Mahnung wies Steinbrück empört zurück. Aus seiner Sicht nützt es nichts, nur in Deutschland den Finanzmärkten Auflagen zu machen. „Eine nationalstaatliche Gesetzgebung macht keinen Sinn, weil die nur zu Ausweichreaktionen führt", beharrte der SPD-Politiker. Außerdem müsse die deutsche Politik die Interessen des deutschen Finanzplatzes im Blick haben. Der beschäftige 800 000 Menschen und sei von großer Bedeutung für die gesamte deutsche Wirtschaft. Er sei für eine stärkere Regulierung, aber gegen Maßnahmen, die den deutschen Finanzplatz benachteiligten.

Allerdings übte Steinbrück auf der DGB-Tagung auch Selbstkritik. „Ja, es hat Fehleinschätzungen gegeben", bekannte der Finanzminister. Über viele Jahre habe „das Paradigma der Deregulierung und Liberalisierung die Politik erfasst". Dafür seien die Politiker freilich nicht allein verantwortlich gewesen. Vielmehr seien sie einer „allgemeinen Grundströmung", einem „Common Sense" gefolgt. Fast alle Wirtschaftswissenschaftler, fast alle führenden Wirtschaftsjournalisten hätten in diese Richtung gedrängt. Dies habe sich erst mit der Finanzmarktkrise geändert. Hoffentlich über den Tag hinaus.

Markus Sievers, Redakteur „Frankfurter Rundschau".



Cartoon: Thomas Plassmann

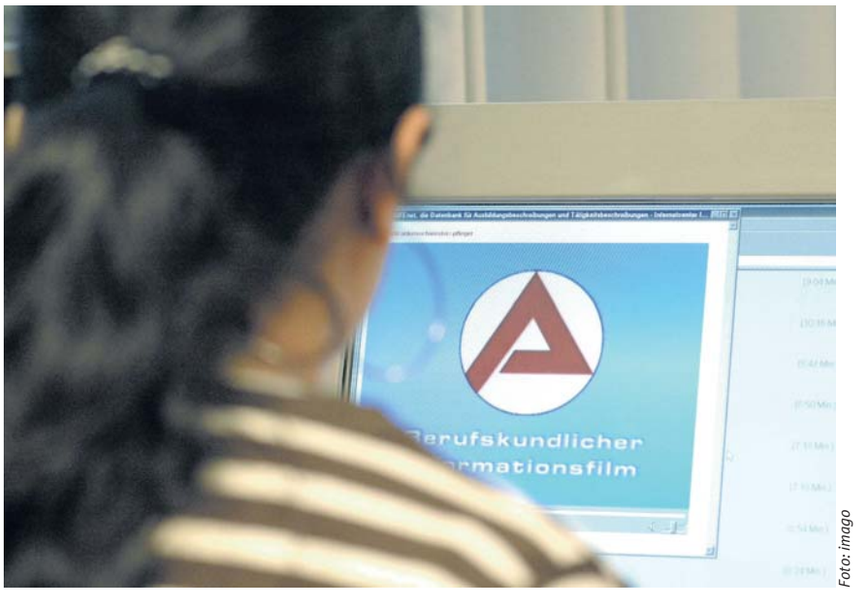


Foto: imago

Zweifelhafte Erfolgsmeldungen zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt: Viele junge Menschen tauchen in der von der Bundesagentur für Arbeit jährlich vorgelegten Ausbildungsbilanz gar nicht auf. Sie entlasten die Statistik, indem sie in „Warteschleifen geparkt" werden, ein Teil kehrt dann im nächsten Jahr als Altbewerber wieder zurück.

Lob des Zweifels

BA-Statistik verharmlost die Ausbildungssituation

Obwohl die Krise massenhaft Arbeitsplätze kostet, prognostiziert ist eine zusätzliche Million Arbeitsloser in 2010, meldet die Bundesagentur für Arbeit (BA) auf dem Ausbildungsmarkt Entspannung. Wie das?

Zwar ist die Zahl der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Vorjahr rückläufig, über fünf Prozent. Dass es trotzdem auf dem Ausbildungsmarkt zu einer so genannten Entspannung kommt, dafür sorgt die sinkende Zahl der Bewerberinnen und Bewerber und ihr teilweises Wieder-Verschwinden aus der Statistik bis zum Stichtag der jährlichen Ausbildungsbilanz, dem 30. September. Die „Verschwundenen" finden sich in Berufsvorbereitungsmaßnahmen wieder, entweder in berufsbildenden Schulen oder bei Trägern, in Berufsfachschulen, in der so genannten Einstiegsqualifizierung, im Zivildienst, sind arbeitslos oder tauchen gar nicht mehr auf. Nach erfolglosen Bewerbungen haben Letztere es vermutlich aufgegeben, sich weiter um eine Lehrstelle zu kümmern. Ein Teil kehrt im nächsten Jahr als Altbewerber wieder zurück. Der über die Jahre summierte Effekt dieses Statistikspiels: Aktuell sind etwa 1,5 Millionen junger Menschen unter 29 Jahren ohne Ausbildung.

In den vergangenen Jahren waren in den berufsbildenden Schulen fast 40 Prozent der Schüler in Warteschleifen „geparkt". Das sind jährlich über 400 000 junge Leute, denen der Start in eine Ausbildung verweigert wird. Dieser Effekt ist nicht zwangsläufig. Warteschleifen müssen nicht sein, es gibt Alternativen, auch außerhalb des dualen Systems. Zum Beispiel in Hamburg, wo inzwischen auf Regierungsebene vereinbart wurde, Warteschleifen abzubauen und den direkten Übergang in Ausbildung zu sichern (s. Seite 4).

600 000 Lehrstellen gefordert

Die Ausbildungsstatistik muss vor dem Hintergrund der genannten Fakten beurteilt werden. Dabei darf man auch nicht verschweigen, dass sie nur die Spitze des Eisbergs sichtbar macht. Ende Juli 2009 meldete die BA 393 875 betriebliche Ausbildungsstellen, 21 923 (5,3 Prozent) weniger als im Juli des Vorjahres. Zurzeit stehen diesen Angeboten bei der BA registrierte 494 930 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber, 79 894 oder 13,9 Prozent weniger als im Vorjahresmonat, was sich durch einen Rückgang in den westlichen (-10,5 Prozent), vor allem aber in den östlichen Bundesländern (-26,2 Prozent) errechnet. Andererseits standen für je 100 Ausbildungsplatzsuchende lediglich 84 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Bereits Ende Juni hatten der Deutsche Handwerkskammertag (DHKT) und die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) einen Rückgang der abgeschlossenen Ausbildungsverträge gemeldet. Arbeitsminister *Olaf Scholz* (SPD) hatte die Arbeitgeber deshalb aufgefordert, mindestens 600 000 Lehrstellen anzubieten, wenn der Ausbildungspakt Sinn machen solle – ansonsten steige die Zahl der Altbewerber weiter an. Die Arbeitgeber reagierten entrüstet, eine Ausbildungspflicht sei eine Zumutung, hieß es. Ihr guter Wille werde, so klagten sie, nicht gewürdigt. Außerdem sei die schlechte Schulbildung der Lehrstellensuchenden ein Ausbildungshemmnis, viele Plätze blieben deswegen unbesetzt. Solche Argumente stigmatisieren die Jugendlichen – ein jährlich wiederkehrendes Ritual. Die Arbeitgeber erklären benachteiligte Jugendliche einfach für „nicht ausbildungsfähig", statt diese so zu fördern, dass sie eine Ausbildung erfolgreich abschließen können. Damit werden den Jugendlichen entscheidende Entwicklungsperspektiven vorenthalten. Missachtet wird dabei das große Potenzial junger Frauen und Männer, das brachliegt, das die Gesellschaft aber dringend braucht, um dem beginnenden Fachkräftemangel zu begegnen. Wieder einmal zeigt sich, dass gesellschaftliche Verantwortung für Ausbildung einer verpflichtenden Regelung bedarf (s. Kasten). Der Willkür von Unternehmerverbänden darf sie jedenfalls nicht überlassen bleiben.

Stephanie Odenwald, Leiterin des GEW-Organisationsbereichs Berufliche Bildung/Weiterbildung

Foto: Kai Herschelmann

Stephanie Odenwald

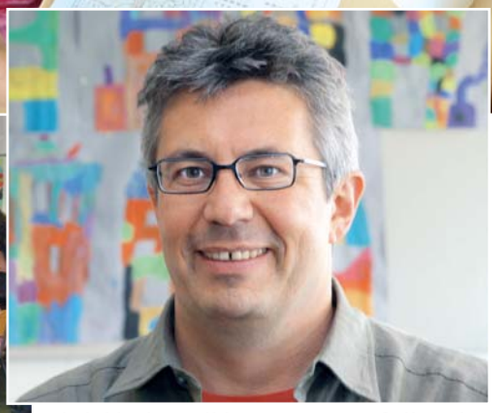
„Grundrecht auf Ausbildung"

Über die Petition „Grundrecht auf Ausbildung", bereits im März 2008 von DGB und GEW eingereicht (s. *E&W* 5/2008), hat der Bundestag immer noch nicht entschieden. Das vom DGB im Frühjahr 2009 veröffentlichte juristische Gutachten „Das Teilhaberecht auf Ausbildung und Weiterbildung" von *Bernhard Nagel* hat Dringlichkeit sowie Realisierbarkeit dieses Grundrechts nachgewiesen. Vor der Bundestagswahl müssen die Parteien Farbe bekennen, ob sie die gewerkschaftliche Forderung unterstützen und endlich allen Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung geben.

„Wir visualisieren, wo wir können und geben den Kindern möglichst viele Hilfen, damit sie eigene Strategien entwickeln können“, erklärt Sonderpädagogin Julia Winter ihr methodisches Vorgehen. (Bilder oben).

Fotos: Thomas Müller

Die meisten Schülerinnen und Schüler – Kinder mit Sprachbehinderungen – bleiben nicht die ganze Schulzeit in der Helene-Fernau-Horn-Schule. Sie sind vorübergehend hier, solange, bis sie an eine allgemeine Schule kommen.



Ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen, das kein Kind ausschließt: „Ein schönes Modell. In der Theorie“, meint Michael Hirn, Leiter der Helene-Fernau-Horn-Schule in Stuttgart (Bild rechts unten).

„Völlig anderer Unterricht“

Ein Besuch in einer besonderen Förderschule in Stuttgart

Bei seinem erneuten Besuch in Deutschland hat der UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz (s. E&W 7-8/2009) wiederum die fehlenden Bildungschancen für Kinder mit Behinderungen kritisiert. UN und GEW verlangen die Abkehr von dem selektiven deutschen Schulsystem und die Weiterentwicklung zu einem inklusiven. Das E&W-Schwerpunktheft zur „Inklusion“ (Ausgabe 3/2009) hat eine spannende Leserdebatte ausgelöst (s. E&W 4/ und 5/2009). Mit den folgenden Beiträgen wollen wir die Diskussion zu diesem Thema fortsetzen. Denn dass die Lehrkräfte an Förder- und Sonderschulen trotz schwieriger Arbeitsbedingungen gute Arbeit leisten und dies wertgeschätzt werden muss, bestreitet niemand. Ein Beispiel dafür ist die Helene-Fernau-Horn-Schule in Stuttgart.

Achten, überall. Wohin der kleine *Andreas** auch schaut. Acht zusammengesteckte Würfel hält er in seiner Hand. Acht Knöpfe sieht er, wenn er zu seiner Mitschülerin *Hanna* hinüberschielt. Acht Spinnen glänzen auf dem Bildschirm des Computers in der Ecke. Mal ganz zu schweigen von all den Achten, die an der Tafel stehen: Acht plus Acht. Acht plus Acht plus Acht. Acht plus Acht plus Acht plus Acht. Und so weiter. Am Ende dieser Stunde wird Andreas auch noch ein Achter-Lied gesungen haben. Als letzte Tat vor dem Mittagessen sitzt die ganze Klasse mit der Lehrerin *Julia Winter* in einem Kreis und singt mit voller Inbrunst: „Heut und hier mit diesem Lied üben wir die Achter-Reihe. Acht! Sechzehn!! Vierundzwanzig!!! ...“

Differenziertes Angebot

Was aussieht und sich über weite Strecken auch anhört wie ein beliebiger Mathe-Unterricht in irgendeiner 2a der Republik ist es keineswegs. Julia Winter ist nicht Grundschullehrerin, sie ist Sonderpädagogin, Andreas nicht irgendein Grundschüler. Er besucht eine Sonderschule: die Helene-Fernau-Horn-Schule im Norden von Stuttgart, an der Kinder mit Sprachbehinderungen aus der ganzen baden-württembergischen Landeshauptstadt unterrichtet werden. „Schulen für Sprachbehinderte“, wie sie offiziell heißen, sind einer von neun Sonderschultypen in Baden-Württemberg. Hinzu kommen Schulen für Blin-

de, Schulen für Geistigbehinderte, Schulen für Körperbehinderte und einige mehr. Mit einem so differenzierten Angebot, argumentiert das Kultusministerium, werde „Schülerinnen und Schülern mit einem besonders hohen und umfassenden pädagogischen Förderbedarf ein auf die jeweils individuellen Bedürfnisse zugeschnittenes schulisches Förderangebot“ gemacht.

Zwischen Theorie und Praxis

Im Sinne der Vereinten Nationen (UN) ist das allerdings nicht (s. Seite 24). Die „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“, die seit März auch in Deutschland in Kraft ist, verlangt von den Unterzeichnerstaaten ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen – kurz, ein Bildungssystem, das niemanden ausschließt. Damit gemeint ist, dass der gemeinsame Unterricht aller Kinder die Regel und die Sonderbeschulung die Ausnahme sein soll. Nach diesem Konzept soll jede Schule die Schüler, die sie hat, beschulen – und dafür sorgen, Schülern mit Handicaps und Beeinträchtigungen mit entsprechenden Ressourcen und unterstützenden Pädagogen ebenso gerecht zu werden wie den anderen.

Ein schönes Modell. Findet auch *Michael Hirn*, der Leiter der Helene-Fernau-Horn-Schule. In der Theorie. In der Praxis, sagt er, sei aber kaum zu erwarten, dass Regelschulen allen Kindern mit allen Behinderungen und Lernproblemen gerecht werden könnten. Zurzeit ohnehin nicht, weil es dafür das Personal nicht gebe. Wer nämlich mit einer Sprachbehinderung an einer der 80 Stuttgarter Grund- und Hauptschulen unterrichtet wird und Förderung braucht, ist dafür ebenfalls auf Michael Hirn und seine Kolleginnen und Kollegen angewiesen. Und denen stehen für die Besuche an all diesen Schulen genau zehn Stunden in der Woche zur Verfügung. Aber auch sonst biete die Helene-Fernau-Horn-Schule mehr als Normal-Unterricht mit ein bisschen zusätzlicher Förderung, argumentiert der Schulleiter: nämlich eine ganzheitlich andere Lernumgebung. „Wer denkt, dass wir hier nichts anderes machen als mit dem Sprachheilkoffer rumzulaufen und Kindern ein paar Extra-Stunden in Lautbildung zu geben, irrt gewaltig“, erklärt Hirn, „wir machen einen völlig anderen Unterricht.“

Deswegen auch all die Achten. Andreas und seine Mitschüler sind meist nicht wegen simpler Sprachfehler hier. Wer an einer Sprachstörung leidet, hat mit ihr in aller Regel eine Reihe weiterer Probleme: den Sinn von Texten zu erfassen, fällt schwer, mündlich wie schriftlich, phonetisch und/oder grammatikalisch werden Strukturen kaum erkannt; die Bedeutung von Wörtern prägt sich nur sehr mühsam ein. „Wir visualisieren, wo wir können und geben den Kindern möglichst viele Hilfen, damit sie eigene Strategien entwickeln können“, sagt Julia Winter, eine Sonderpädagogin in ihrem ersten Schuljahr. Und das geht nicht auch an einem anderen Lernort? Michael Hirn: „Ich sage nicht, dass das nicht möglich ist – aber der Weg zur ‚Einen Schule für alle‘ ist weiter als sich viele vorstellen. Und man muss bedenken: Kinder mit Sprachbehinderungen sind in gemischten Gruppen kommunikativ häufig ausgeschlossen.“

Gudrun Reinhardt, die Klassenlehrerin von Andreas, 30 Jahre Berufserfahrung an Sonderschulen im Gepäck, geht noch einen Schritt weiter. Dass Kinder an allgemeinen Schulen nur annähernd so intensiv gefördert werden könnten wie hier, sei für sie „offen gestanden überhaupt nicht vorstellbar“. Also besser die Sonderschulen aufrechterhalten, um den Preis, dass die Kinder unter sich bleiben? „Ja, solange sie uns brauchen“, antwortet Reinhardt und erzählt, dass es auch gar nicht so sei, dass die Kinder nicht miteinander in einem geschützten Raum lernen wollten. „So mancher Schüler ist heilfroh, wenn er von einer anderen an unsere Schule kommt und hier endlich nicht mehr ausgeschlossen wird.“ Anders als an anderen Sonderschulen bleiben die Schülerinnen und Schüler hier allerdings auch nicht die ganze Schulzeit. Die meisten sind in der Helene-Fernau-Horn-Schule nur vorübergehend; solange, bis sie an eine allgemeine Schule kommen. Aus den zweiten Klassen werden dieses Jahr 16 von 36 Schülern nach den Sommerferien auf eine Regelschule wechseln – weil man ihnen kaum noch anmerkt, warum sie einst hier waren. Von denen, die bleiben, machen fast alle mindestens den Hauptschulabschluss – auch das ein im bundesweiten Vergleich der Sonderschulen weit überdurchschnittliches Resultat. Zum Vergleich: 2006 verließen 77 Prozent der Förderschüler die Schule ohne Abschluss, 20 Prozent mit Hauptschul-, 2,2 Prozent mit mittlerem Abschluss.

Etwas ist anders geworden

Andreas, der Blondschopf aus der 2a, ist sich voll bewusst, dass seit seiner Einschulung etwas anders geworden ist. Als er zufällig mithört, wie Julia Winter von ihrer Ausbildung für Kinder mit Sprachbehinderungen spricht, schnellt seine Aufmerksamkeit sofort weg von all den Achten: „Ich bin nicht mehr sprachbehindert!“, kräht er ihr entgegen. Selbstbewusst. Fast ein bisschen wütend.

Jeannette Goddar, freie Journalistin

**Namen aller Schüler geändert*

„All inclusive“

EU-Projekt erforscht die Lage behinderter Migranten

Behinderte Menschen aus anderen Kulturen haben häufig mit doppelter Diskriminierung zu kämpfen. Zu ihren körperlichen und geistigen Einschränkungen kommen zum Beispiel kommunikative: Viele sprechen die Sprache nicht fließend und finden sich in den Strukturen des Sozial- und Bildungssystems wie der Behindertenhilfe nur schwer zurecht. Zudem tragen Zuwanderer häufig ein Päckchen negativer Erfahrungen aus ihren Herkunftsländern mit sich herum und sind überaus skeptisch gegenüber Behörden und staatlichen Nachfragen, wie sie für jeden Antrag nötig sind. Aber auch die Strukturen der Behindertenhilfe tragen ihren Teil dazu bei, dass Menschen anderer Herkunft in deren Einrichtungen deutlich unterrepräsentiert sind. Zu häufig richten sie ihren Fokus (zu) stark auf die Mehrheitsbevölkerung.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine Befragung des EU-Projekts „All Inclusive“, das zwei Jahre die Lage behinderter Migranten in sechs europäischen Ländern erforschte und zu verbessern versucht. In Deutschland, Belgien, Bulgarien, Polen, Österreich und Italien führten Mitarbeiter von mehr als 60 Organisationen Befragungen durch, sammelten Best-Practice-Beispiele, entwickelten Fragebögen und Leitfäden zur interkulturellen Öffnung und somit zur Barrierefreiheit für Zuwanderer. Deutscher Partner des im September auslaufenden Projekts ist die „Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und für Beratung e.V.“ (IBIS) in Oldenburg. Die IBIS-Verantwortlichen entwickelten ein Training zur interkulturellen Sensibilisierung für Mitarbeiter von Behörden und Behinderteneinrichtungen. 2008 fand das fünftägige Seminar erstmals in Berlin statt; 2010 soll es wiederholt werden. Das Curriculum wird wie alle anderen Ergebnisse von „All Inclusive“ in einem Handbuch veröffentlicht, das ab Oktober im Internet unter www.allinclusiveproject.eu abgerufen werden kann. Auch ein Online-Trainingskurs zur interkulturellen Sensibilisierung ist dort zu finden. *jago*

Foto: imago

Eltern von behinderten Kindern hoffen jetzt, dass es ihnen unter Berufung auf die UN-Konvention gelingen wird, ihre Kinder in einer wohnortnahen Regelschule unterzubringen.

Es geht voran!

Deutschland soll UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Als deutsche Diplomaten nach vierjährigen Beratungen im März 2007 in New York die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (BRK) unterzeichneten, hätte wohl niemand gedacht, dass diese Übereinkunft gut zwei Jahre später die bildungspolitische Diskussion in Deutschland ganz maßgeblich prägen würde. Noch in der Denkschrift, die dem Bundestag gemeinsam mit der amtlichen Übersetzung der Konvention vorgelegt wurde, ging die Bundesregierung ganz selbstverständlich davon aus, dass sich aus Artikel 24 des Übereinkommens kein Anpassungsbedarf ergebe – obwohl dort ausdrücklich die Rede davon ist, dass Schülern mit Behinderung der Zugang zu den allgemeinen Schulen nicht verwehrt werden darf (s. E&W-Schwerpunkt „Recht auf Bildung" 3/2009 und E&W 6/2009, Seite 8).

Seit Mitte März 2009 ist das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich geworden – und mittlerweile herrschen Aufregung und Unsicherheit.

Nicht wenige sonderpädagogische Lehrkräfte nehmen die Kritik am traditionellen System der Förderschulen persönlich, sehen ihre eigene Leistung grundsätzlich in Frage gestellt und fürchten, über kurz oder lang zu „Fahrlehrern" ohne Stammschule zu werden, die Tag für Tag über Land ziehen, um die in alle Winde verstreuten Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf mehr schlecht als recht zu betreuen. Einen Teil der Eltern der betroffenen Kinder treibt die Sorge um, dass die bestehenden Förder- und Sonderschulen in einer Art Kurzschlussreaktion aufgelöst werden, ohne dass zuvor an den allgemeinen Schulen die Voraussetzungen für die Integration (oder Inklusion) ihrer Kinder geschaffen werden.

Andere Eltern hoffen, dass es ihnen unter Berufung auf die UN-Konvention gelingen wird, ihre Kinder in einer wohnortnahen Regelschule unterzubringen und das jeweilige Bundesland sowie die Schulträger dazu bewegen zu können, die erforderlichen Strukturen zu schaffen. Auch in der Ministerialbürokratie und den Landesparlamenten verbreiten sich ganz allmählich Unruhe und die Einsicht, dass die bestehenden Strukturen den Anforderungen der Konvention eben doch nicht genügen.

Erste Klagen

Mittlerweile sind die ersten Klagen anhängig, mit denen Eltern für ihre Kinder den Zugang zu den allgemeinen Schulen durchzusetzen versuchen. Die Gerichte müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, ob und welche Rechte sich aus der UN-Konvention ergeben. In einem hessischen Verfahren (der Fall Philipp Koch siehe Seite 26) hatten sich

die Schulbehörden auf den Standpunkt gestellt, dass das Land nicht an die Konvention gebunden sei, da es diese nicht selbst unterzeichnet habe. In der Tat stellen sich für den Verfassungsrechtler in diesem Zusammenhang einige sehr spannende Fragen. Das ändert jedoch nichts daran, dass die hessische Landesregierung der BRK vor deren Ratifikation ausdrücklich zugestimmt – und damit das Land Hessen an die Vorgaben der Konvention gebunden hat. Möglicherweise haben sich die Behörden auch deshalb mittlerweile mit den klagenden Eltern geeinigt und erreicht, dass ihr Sohn auch in Zukunft eine Regelschule besuchen kann.

Theorie und Praxis

Zumindest auf den ersten Blick kommt es auf die Vorgaben der BRK deshalb nicht an, weil mittlerweile in fast allen Ländern der gemeinsame Unterricht Vorrang hat – genau dies verlangt ja auch die Konvention. Allerdings sieht die Praxis oft ganz anders aus, da sich aus den einschlägigen Bestimmungen in der Regel keine durchsetzbare Verpflichtung ergibt, Strukturen für den gemeinsamen Unterricht zu schaffen. Genau hier geht die Konvention einen entscheidenden Schritt weiter, indem sie eine Pflicht begründet, „angemessene Vorkehrungen“ dafür zu treffen, dass der Vorrang des gemeinsamen Unterrichts in die Tat umgesetzt wird. Zwar ergibt sich auch hieraus kein Rechtsanspruch auf ganz bestimmte Leistungen. Die Schulbehörden und Gerichte werden in Zukunft jedoch sehr genau prüfen müssen, ob es wirklich zu viel verlangt ist, an einer wohnortnahen allgemeinen Schule die Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht zu schaffen.

Beim Vergleich der Kosten ist eine Gesamtbetrachtung erforderlich, in deren Rahmen auch Einsparungen an anderer Stelle, etwa bei den Kosten der Schülerbeförderung berücksichtigt werden. Selbst wenn sich dabei zeigen sollte, dass der gemeinsame Unterricht teurer ist, darf den Betroffenen der Zugang zu den allgemeinen Schulen nur dann verwehrt werden, wenn diese Mehrkosten übermäßig hoch ausfallen. Die Vereinten Nationen sind bei der Verabschiedung der BRK aufgrund der Erfahrungen in vielen Ländern davon ausgegangen, dass ein hochwertiger inklusiver Unterricht nicht mehr kostet als der Erhalt eines parallelen Schulsystems für Schüler mit Behinderungen.

Nicht alle Länder untätig

Die Länder sind keineswegs alle untätig geblieben. Teilweise wurde schon vor der Ratifikation der BRK damit begonnen, das bisherige System umzugestalten. Diese Entwicklungen lassen sich hier nicht detailliert darstellen. Daher müssen einige schlaglichtartige Einblicke genügen: In Thüringen, wo die früheren Förderschulen in den vergangenen Jahren zu Förderzentren umgestaltet worden waren, gibt es seit dem laufenden Schuljahr in Dreitzsch im Saale-Orla-Kreis ein erstes „Förderzentrum ohne eigene Klassen“. In diesem vergleichsweise kleinen Bezirk wurden sämtliche Schülerinnen und Schüler der bisherigen einzügigen Förder- auf die Grund- und Regelschulen verteilt, an denen in der Regel mehrere Sonderpädagogen auf Dauer tätig sind.

Nach fast einem Jahr zeichnen sich erstaunliche Ergebnisse ab: Ein erheblicher Teil der Kinder und Jugendlichen ist mittlerweile so gut in der Regelschule angekommen, dass diese keinen sonderpädagogischen Förderbedarf mehr haben. Zugleich sind aus diesem Lande allerdings auch Klagen zu hören, dass Kinder, die auf Drängen der Schulbehörden aus der Förder- in eine allgemeine Schule wechselten, dort nur noch einen Bruchteil der bisherigen Förderung erhalten.

Auch die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen fühlen sich überfordert, wenn die Kolleginnen und Kollegen des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes nur für wenige Stunden anwesend sind. Das deutet darauf hin, dass man in der Aufbruchstimmung vielleicht doch mit allzu heißer Nadel gestrickt hat.

Auch Baden-Württemberg – bisher Schlusslicht beim gemeinsamen Unterricht – will offensichtlich neue Wege gehen (s. Seite 22). Kultusminister *Helmut Rau* (CDU) hatte Anfang Mai am Rande einer Tagung angekündigt, dass man die Sonderschulpflicht abschaffen wolle. Was damit genau gemeint war, blieb zunächst unklar. Anfang Juni nahm ein Expertenrat „Sonderpädagogische Förderung" seine Arbeit auf. Dieses Gremium soll bis zum kommenden Schuljahr Vorschläge für eine Reform der sonderpädagogischen Förderung erarbeiten, nach der in Zukunft die Eltern auf Grundlage der Empfehlung einer Bildungskonferenz über den Lernort ihres Kindes entscheiden sollen – wobei noch offen ist, ob Müttern und Vätern wirklich das Letztentscheidungsrecht zugestanden wird.

Dynamik gewinnen

Die Diskussionen über die Umsetzung der BRK haben gerade erst begonnen. Sie werden dann an Dynamik gewinnen, wenn Eltern mit ihren Klagen auf Zulassung ihrer Kinder zu den allgemeinen Schulen erfolgreich sind. Denn in diesem Fall werden sich die Landesregierungen der Frage stellen müssen, wie inklusiver Unterricht innerhalb des bestehenden gegliederten Schulsystems organisiert werden kann. Wenn Lehrkräfte im Unterricht nicht mehr alleine vor der Klasse stehen, wird dies über kurz oder lang auch zu einer grundlegenden Veränderung des Berufsbildes führen – und das sind doch keine schlechten Aussichten.

Johannes Rux, Privatdozent, Juristische Fakultät der Universität Tübingen

„Die Eltern stärken"

UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz zu Gast in Oldenburg

Der UN-Sonderbeauftragte für das Menschenrecht auf Bildung, Vernor Muñoz, forderte bei einer Stippvisite in Deutschland Bund und Länder auf, die Rechte behinderter Kinder endlich anzuerkennen. Muñoz sprach während einer Veranstaltung in der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg, zu der die niedersächsischen Landesverbände von GEW und DGB, das Deutsche Institut für Menschenrechte (IfM) und amnesty international (ai) eingeladen hatten.

Es gibt ein unwiderrufliches Menschenrecht auf Bildung", dieser Aussage stellte Muñoz gleich zu Beginn der Podiumsdiskussion Anfang Juni die Realität gegenüber: die fehlenden Bildungschancen für Menschen mit Behinderungen. Weltweit, so der Jurist, hätten nur maximal 15 Prozent von ihnen eine Chance auf Bildung – und zwar überwiegend in Sonderschulen. „Vom Standpunkt der Menschenrechte haben die Sonderschulen in einem gegliederten Schulsystem in Wirklichkeit einen separierenden Effekt für Menschen mit Behinderung. Das ist eine Behinderung der Würde des Lebens", kritisierte Muñoz mit Blick auf den Umgang mit behinderten Kindern und Jugendlichen.

Hoch selektives System

In seinem Deutschland-Report vor zwei Jahren hatte der UN-Sonderberichterstatter das deutsche Schulsystem als hoch selektiv beschrieben, das behinderte Schülerinnen und Schüler diskriminiere. Dafür hatte er damals heftige Kritik der Politik, aber auch Zustimmung in der Fachöffentlichkeit geerntet. „Die einen haben mich als Messias, die anderen als Sheriff gesehen", berichtete er. Der Juraprofessor äußerte sich erstmals zu der lang erwarteten Antwort, welche die Bundesregierung auf seinen Inspektionsbericht erst kürzlich abgegeben hatte: „Es war eine sehr allgemeine Antwort", gab Muñoz vornehm zurückhaltend Auskunft. Die Bundesregierung sei der Auffassung, dass die verschiedenen Schulformen nicht mehr so streng getrennt seien wie in der Vergangenheit. Es existierten „in Regelschulen integrative und bedürfnisspezifische Programme in den Sonderschulen", hieß es lapidar in der offiziellen Stellungnahme. Immerhin hatte Deutschland Ende 2008 die UN-Konvention für die

Philipp besucht jetzt Regelschule

Der 15-jährige *Philipp Koch* aus Lahntal bei Marburg in Hessen besucht seit Beginn des neuen Schuljahres wieder eine Regelschule. Wöchentlich werden ihm jetzt sechs Förderlehrstunden erteilt. Das Land Hessen – vertreten durch das zuständige Schulamt – hat sich mit der Familie des Jugendlichen mit einem Down-Syndrom vor dem Verwaltungsgericht Gießen nach einer erneuten sonderpädagogischen Förderbeurteilung auf einen Vergleich verständigt. Bis zum Ende der sechsten Klasse ging der Junge gemeinsam mit nichtbehinderten Mitschülern in den Unterricht. Danach besuchte Philipp gegen seinen und den Willen seiner Eltern eine Sonderschule.

E&W

Foto: Rainer Waldinger

Der 15-jährige Philipp Koch, ein Jugendlicher mit Down-Syndrom, lernt seit Schuljahresbeginn wieder gemeinsam mit Nichtbehinderten.

Foto: imago

Hoffnung für Eltern: „Es gibt jetzt eine rechtliche Grundlage zur Durchsetzung des Rechts auf Inklusion.“

Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet.

Bildungsbürokratie vor Recht

Was allerdings diese Unterschrift bislang in der deutschen Bildungsbürokratie wert ist, berichtete *Claudia Lohrenscheidt* vom IfM. Sie verwies auf den aktuellen Fall eines 15-jährigen Jugendlichen mit Down-Syndrom in Hessen (s. *E&W* 3/2009 und Kasten Seite 26). „Die Landesregierung hat einfach behauptet, die UN-Behindertenkonvention gilt in Hessen nicht“, so Lohrenscheidt. Ihr Institut will deshalb die Umsetzung der UN-Konvention in Deutschland beobachten.

„Können Sie mir dabei helfen, mein Recht als Mutter durchzusetzen und selbst zu entscheiden, welche Schule mein Kind besuchen soll?“, fragte eine Zuhörerin. „Mein Sohn hat das Down-Syndrom und soll jetzt eingeschult werden. Ich weigere mich, ihn in eine Sonderschule zu schicken.“ Sechs Schulen habe sie bereits aufgesucht, keine wolle ihn aufnehmen. Das Standardargument: Es fehle das Geld für zusätzliche Förderlehrstunden. Muñoz betonte, dass es nach der Unterzeichnung eine rechtliche Grundlage zur Durchsetzung des Rechts auf Inklusion gebe. „Man sollte die Eltern stärken“, empfahl er.

Ute Diehl, freie Journalistin

Foto: imago

UN-Sonderbeauftragter Vernor Muñoz

Index für Inklusion in Kita

Inklusion ist die konsequente konzeptionelle Weiterführung von Integration. Während der Begriff „Integration“ nahelegt, darunter das Hineinnehmen eines Kindes in ein vorhandenes System zu verstehen, ohne das System substanziell zu verändern, geht das Konzept der Inklusion davon aus, dass das Recht aller Kinder auf gemeinsame Bildung und Erziehung nur durch einen umfassenden Reformprozess zu realisieren ist. Schulen wie Kindertagesstätten müssen so ausgestattet werden, dass sie kein Kind aussondern. Alle – Kinder, Jugendliche, Pädagogen, Eltern, Verwaltung, Politik – tragen dazu bei, dass Inklusion gelingt. Die von der GEW vorgelegte und herausgegebene Übersetzung „Index for Inclusion – developing play, learning and participation in early years and childcare“ ist eine wertvolle Arbeitshilfe für alle, die ihre Kita auf den Weg zur gemeinsamen Bildung und Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder bringen wollen oder Anregungen brauchen, wie sie ihre bereits begonnene Arbeit verbessern können.

Tony Booth, Mel Ainscow, Denise Kingston: Index für Inklusion (148 Seiten), das Buch kostet 16 Euro incl. Mwst., Porto und Versand.

Bestelladresse:
GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon: 069/7 89 73-3 29, Fax: 069/7 89 73-1 03, E-Mail: juhi@gew.de

Mit – nicht gegen die Beschäftigten

GEW legt Eckpunkte für Umsetzung der UN-Konvention in Schulen vor

Grafik: zplusz

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist seit März 2009 für Deutschland verbindlich (s. Seite 24). In Artikel 24 verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten ohne Wenn und Aber, ein inklusives Bildungssystem zu realisieren. Seitdem hat eine engagierte Diskussion in- und außerhalb der GEW über Strategien der Umsetzung begonnen (s. E&W 3/, 4/, 5/ und 6/2009). Nun legt die Bildungsgewerkschaft Eckpunkte für einen Transformationsprozess vor.

Die GEW hat – zuletzt auf ihrem Gewerkschaftstag Ende April in Nürnberg – die Konvention mit Nachdruck begrüßt, steht diese doch in völliger Übereinstimmung mit ihrer langjährigen Forderung nach „Einer Schule für alle“ (und nicht für *fast* alle). Für die Bundesregierung hat der zuständige Arbeits- und Sozialminister *Olaf Scholz* (SPD) auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass alle Verantwortungs- und Zuständigkeitsebenen über Bund, Länder und Kommunen bis hin zu den Bildungseinrichtungen gesamtstaatliche Verantwortung übernehmen und sich auf eine Gesamtstrategie samt Aktionsplan einigen müssen. Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) hat nach anfänglichen Übersetzungs- und Interpretationskunststücken (s. *E&W* 3/2009, S. 15) den „Ernst der Lage“ erfasst und eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel initiiert, die „Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung“ von 1994 an die neue Situation anzupassen.

Foto: Christian v. Polentz /transit Berlin

Marianne Demmer

Heftige Gefühle

Veränderungsprozesse rufen in der Regel heftige und widersprüchliche Gefühle bei den Betroffenen hervor. Bei der bevorstehenden tiefgreifenden Transformation des Schulsystems ist dies nicht anders. Während viele Eltern hoffen, ihre behinderten Kinder mit dem Rückenwind der UN-Konvention jetzt endlich in einer wohnortnahen allgemeinen Schule unterbringen zu können, sind viele in der GEW organisierte sonderpädagogische Lehrkräfte, die derzeit mit Engagement und Herzblut an Sonder-/Förderschulen arbeiten, von Ängsten geplagt. Sie fühlen sich in ihrer Professionalität entwertet, fürchten um ihren gewohnten, teilweise hervorragend eingerichteten Arbeitsplatz, haben die Sorge, als „mobile Eingreiftruppe“

über Land geschickt zu werden. Außerdem stehen sie pädagogisch auf schwankendem Boden. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse widersprechen seit Jahren der dem Sonderschulwesen zugrunde liegenden These, wonach das separate Unterrichten von Gruppen mit ähnlichen oder denselben Behinderungen einen besonders hohen Fördereffekt habe. Vieles spricht sogar dafür, dass das Gegenteil der Fall ist.

Schmerzliche Erkenntnis

Nicht nur die Sonderpädagogen – alle Lehrergruppen in Deutschland – müssen sich derzeit mit der für sie schmerzlichen Erkenntnis auseinandersetzen, dass homogene Lerngruppen kein Garant für Leistung und schon gar nicht für gleiche Bildungschancen sind. Vor allem die PISA-Studien haben z. B. den Lehrkräften an Hauptschulen gezeigt, dass all ihr Engagement nicht die Nachteile aufwiegen kann, die das Zusammenballen von Problemen und Frustration in dieser Schulform mit sich bringen. Auch die Gymnasiallehrerschaft müsste sich dringend mit der Frage auseinandersetzen, warum die Schulleistungen ihrer positiv ausgelesenen Schülerschaft keine internationalen Spitzenwerte erreichen. Denn von Pädagoginnen und Pädagogen in Deutschland wird zunehmend verlangt, sich ausschließlich mit ihren Schülerinnen und Schülern zu identifizieren, nicht jedoch mit „ihrer" Schulart. Für Schulleitungen ist das besonders schwer, können doch mit einer Schließung „ihrer" Schule der Verlust von Ansehen, Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden sein.

So verständlich solche Ängste und Vorbehalte sind – von denen der Lehrkräfte an den allgemeinen Schulen ist derzeit noch recht wenig die Rede –, sie können die GEW nicht daran hindern, den Weg zu einem inklusiven Schulsystem konsequent und beherzt zu unterstützen. Klar ist jedoch, dass dieser schwierige Prozess nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie zum Erfolg führen kann. Eine wesentliche Aufgabe der Bildungsgewerkschaft besteht deshalb darin, die Interessen der Beschäftigten zu achten und sich für ihre Beteiligung an allen wichtigen Entscheidungen stark zu machen. Von den Bundesländern erwartet die GEW Zeit- und Ressourcenpläne für die Transformation des Schulsystems. Entsprechend dem Beschluss des Gewerkschaftstages haben dabei die folgenden Eckpunkte zentrale Bedeutung:

- Eindeutiger – gesetzlich verankerter – Vorrang des Gemeinsamen Unterrichts (GU). Jedes Kind und jeder Jugendlicher hat einen gesetzlichen Anspruch auf gemeinsamen Unterricht in einer wohnortnahen Schule. Haushaltsvorbehalte, sächlich oder personell, dürfen dieses Recht nicht einschränken. Der Schulträger hat dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Auch ist er verpflichtet, einen Zeitplan vorzulegen, aus dem hervorgeht, ab wann der Rechtsanspruch umgesetzt werden soll und bis wann rechtswidrige, weil getrennte Beschulung noch bestehen bleibt.
- Ausreichende sonder-, sozialpädagogische und pflegerische Ressourcenzuteilung an den Regelschulen.
- Beseitigung aller schulstrukturell bedingten Hindernisse. Das bedeutet, zielgleichen sowie -differenten Unterricht nicht nur in der Grundschule, sondern auch in allen Schulformen und -stufen der Sekundarstufe I/II zu ermöglichen und mittelfristig eine vollständig inklusive Schule ohne Selektion anzubieten.
- Barrierefreiheit in allen allgemein bildenden Schulen.
- Klar geregelter Nachteilsausgleich bei Prüfungen und Klassenarbeiten.
- Inklusions-/Integrationsfähigkeit von Regelschulen als vorrangiges Qualitätsmerkmal bei der Qualitätsüberprüfung und -beratung.
- Regelmäßige wissenschaftliche Gutachten über die Qualität (und hiermit ist ausdrücklich auch die Qualität der Arbeits- und Lernbedingungen, der sächlichen und personellen Ausstattung in den Schulen gemeint) des Gemeinsamen Unterrichts in den Ländern. Diese Gutachten sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein.
- Gezielte Aus- und Fortbildungsangebote für Regel- und Förderschullehrkräfte in Integrations-/Inklusionspädagogik.

Marianne Demmer, Leiterin des GEW-Organisationsbereichs Schule

„Das Wichtigste ist, zu verstehen: Wie lernt das einzelne Kind? Was braucht es? Und das im Unterricht entsprechend zu berücksichtigen, in dem Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam lernen, sagt Uwe Stapel, Schulleiter der Pestalozzi-Grundschule in Birkenwerder."

Fotos: Kay Herschelmann

Das im Sommer 2009 gegründete Aktionsbündnis „Laufer Gespräche zur Integration/Inklusion behinderter junger Menschen" startet im Herbst 2009 mit einer öffentlichen Veranstaltungsreihe zum Thema „Inklusive Schule". Die Veranstaltungen finden ab 22. Oktober in Lauf an der Pegnitz statt.
Nähere Informationen und Kontakt über:
Ulrike Ruppert,
Eschenbach 104, 91224 Pommelsbrunn,
www.gemeinsamleben-nuernbergerland.de

Unter einem Dach

Auf dem Weg zur inklusiven Schule

An der Pestalozzi-Grundschule im Brandenburgischen Birkenwerder werden behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler erfolgreich gemeinsam unterrichtet. Die gemeinsame Normalität ist allerdings für die Lehrkräfte oft ein Kraftakt.

Anja Müller-Heße klatscht in die Hände. „*Cedric*, *Olli* und *Stefan* gehen bitte nach nebenan, *Marwin* und *Antonia* auch." Die Schüler schnappen ihre Mäppchen und verteilen sich an den Tischen im kleinen Nebenzimmer zum Klassenraum 2.30. Olli und Cedric haben sich mit ihren Rollis hinter die Computerarbeitsplätze geklemmt, an ihrer Seite sitzen zwei pädagogische Helferinnen, die sie beim Schreiben unterstützen. Klassenlehrerin Müller-Heße zieht die Arbeitsblätter aus der Tasche und verteilt sie an die Kids in beiden Klassenzimmern. „Der Mund ist ab jetzt geschlossen. Ihr dürft eure Blätter umdrehen." Psst. Die Zeit für die „Kontrollarbeit Mittelalter" läuft.

Keine Klasse wie jede andere

Pestalozzi-Grundschule Birkenwerder, 9.15 Uhr. Die 23 Kinder der 4d brüten stumm über den Aufgaben. Eine Klasse wie jede andere, könnte man meinen, wären da nicht die Erwachsenen, die neben der Lehrerin selbstverständlich im Klassenraum mit dabei sind. Eine Einzelfallhelferin, eine Sonderpädagogin, eine Erzieherin. Wären da nicht die unterschiedlichen Aufgaben, die Klassenlehrerin Müller-Heße längst zu stellen gewohnt ist. Weniger Stoff für Schüler wie Olli, der mit seiner Spastik nur Taste für Taste am PC die Antworten zusammensetzen kann. Weniger Stoff für Schüler, die sich kaum konzentrieren, durch einen OP-Marathon im Lernrückstand oder durch eine Halbseitenlähmung ins Hintertreffen geraten sind. Während sich die einen durch sieben Fragen zu Ritterleben und Hansestädten kämpfen, haben die anderen nur vier zu bearbeiten. „Wir müssen immer wieder neu differenzieren und auf die Bedürfnisse der Einzelnen eingehen", sagt Anja Müller-Heße.
Die Grundschullehrerin hat sich selbst neu einarbeiten müssen, als sie im April 2008 an die Schule kam. Hat sich Tag für Tag mit dem Sonderpädagogen ausgetauscht und Strategien verbessert. Wann unterrichten wir zusammen? Wann ist es sinnvoll, für eine Aufgabe zu trennen? Wie entwickeln sich die Starken, die Schwächeren, das Mittelfeld? Wie holen wir die Eltern ins Boot? Denn hier werden alle Kinder zusammen unterrichtet: Kinder mit körperlichen Behinderungen und mit Verhaltensauffälligkeiten. Schüler mit emotionalen Störungen, Lernschwächen oder mit Hochbegabung. Müller-Heße: „Manchmal kommt da im Alltag viel zusammen. Aber es lohnt sich."
Große Pause. Die Kinder der 4d strömen auf den Schulhof. „Geht's los?", fragt ein blondes Mädchen, Olli nickt,

Es werden unterschiedliche Aufgaben an die Schüler in der Klasse verteilt. Weniger Stoff für Schüler, die sich kaum konzentrieren können, durch einen OP-Marathon in Lernrückstand oder durch eine Halbseitenlähmung ins Hintertreffen geraten sind.

sie packt die Griffe von seinem Rollstuhl und saust mit ihm nach draußen. Stefan und Cedric warten schon. Sie haben ihre Rollis im Halbkreis zusammengeschoben. Ein Mädchen und ein Junge stehen an die Räder gelehnt um sie herum. „Kommt, wir machen ein Ratequiz“, ruft Henrik.

Lernen ist Alltag

An der integrativ-kooperativen Pestalozzi-Grundschule Birkenwerder ist das gemeinsame Leben und Lernen von behinderten und nichtbehinderten Schülern Alltag. 36 der 502 Schüler haben sonderpädagogischen Förderbedarf. „Wir nehmen alle Kinder aus Birkenwerder auf, egal welche Beeinträchtigungen sie haben“, sagt Schulleiter *Uwe Stapel*. Zwar hat die Pestalozzi-Grundschule in Rahmen eines Modellversuchs vor knapp zehn Jahren Klassen aus der körperbehinderten Schule nebenan übernommen, trotzdem ist sie „eine ganz normale Schule: Sie folgt dem Brandenburger Schulgesetz, das die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern vorsieht“, sagt Rektor Stapel. Das geht freilich in Birkenwerder besser als an manch anderer Schule in Brandenburg. Während des Modellversuchs wurde die Grundschule baulich optimal für körperbehinderte Schüler modernisiert. Deshalb hat sie heute noch den Auftrag, alle Kinder Nordbrandenburgs aufzunehmen, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf in puncto körperlicher und motorischer Entwicklung haben, wenn die wohnortnahe Grundschule ihre Aufnahme nachvollziehbar begründet nicht organisieren kann.

An der Pestalozzi-Grundschule lernen alle unter einem Dach. Je nach Förderbedarf gibt es individuelle Förder- und Lernpläne sowie Unterstützung durch Sonderpädagogen. Manche Schüler werden nach dem „normalen“ Grundschulrahmenplan unterrichtet, andere nach den Plänen der allgemeinen Förderschulen, wieder andere bekommen einen „Nachteilsausgleich“ – zum Beispiel, wenn sie auf Grund einer Körperbehinderung mehr Zeit für Aufgaben brauchen. 45 Stunden die Woche stehen acht Sonderpädagogen derzeit den Lehrern zur Seite, drei Erzieherinnen hat das Schulamt zur Unterstützung der körperbehinderten Kinder genehmigt. Hinzu kommen zwei Zivildienstleistende der Gemeinde und die Einzelfallhelfer, die das Sozialamt bei Bedarf einem Kind zur Seite stellt, wenn es nur mit permanenter Hilfe am Unterricht teilnehmen kann. „Das Wichtigste ist, zu verstehen: Wie lernt das einzelne Kind? Was braucht es? Und das im Unterricht entsprechend zu berücksichtigen“, sagt Schulleiter Stapel. „Manchmal ist der Lehrer wie ein Künstler, der eine weiße Leinwand so gestalten muss, dass das Beste herauskommt.“

Sibylle Ehrlich nickt. Während die 3a gerade die schriftliche Multiplikation entdeckt, übt sie mit *Chrissie* die Zahlen bis 14. Welche ist kleiner, welche größer? Chrissie hat eine autistische Störung. In Mathe und Deutsch ist der Unterschied zu seinen Klassenkameraden gewaltig. Zehn Stunden die

„Wir müssen immer wieder neu differenzieren und auf die Bedürfnisse der Einzelnen eingehen", bringt Grundschullehrerin Anja Müller-Heße die anspruchsvolle Aufgabe, integrativen Unterricht zu gestalten, auf den Punkt.

Woche holt sich die Sonderpädagogin den freundlichen Jungen mit den hellen Augen daher zum Extraunterricht. Vereinfacht den Unterrichtsstoff, macht ihn verständlich für Chrissie und seinen Kumpel *Dominik*, der eine Körper- und Sprachbehinderung hat. Regelmäßig spricht sich Ehrlich mit Klassenlehrerin *Susanne Fiedler* ab: Wo können Chrissie und Dominik mitmachen? Wo müssen wir modifizieren?

Chrissie linst durch die Glasscheibe des Nebenraums zu seinen Mitschülern. „Der *Toni* ist mein bester Freund und dem Dominik helfe ich immer." Sagt er und nimmt Dominik an der Hand. Jetzt geht es rüber. Zum Sachkundeunterricht. Thema: die Steinzeit. „Was haben die Steinzeitmenschen auf der Nahrungssuche gesammelt?", fragt Klassenlehrerin Fiedler. Chrissie meldet sich: „Beeren und Blätter." „Jawoll." Später, während die Mitschüler über einer Stillarbeit brüten, legt Einzelfallhelferin *Heike Beckers* mit Chrissie und Dominik im Klassenraum ein Memory mit Steinzeit-Tieren, das Susanne Fiedler für die beiden Jungs herausgesucht hat. „Die Integration ist hervorragend, gerade wenn die Zusammenarbeit so gut läuft wie in dieser Klasse", resümiert Sonderpädagogin Ehrlich, die vorher an einer Körperbehindertenschule gearbeitet hat. Dort trauten sich die meisten Schüler nicht mal eine U-Bahn-Fahrt zu, wie sie sagt. „Hier bewegen sie sich in der Normalität – und lernen trotzdem viel."

Integration nicht nur im Klassenzimmer: Große Pause, die Kinder strömen auf den Schulhof. Drei Jungs haben ihre Rollis im Halbkreis zusammengeschoben. Ein Mädchen und ein Junge stehen an die Räder gelehnt. Ratequiz ist angesagt.

Nicht nur Sonnenschein

Normalität – natürlich bedeutet das nicht nur eitel Sonnenschein. Sondern auch Konflikte. Etwa wenn Verhaltensauffällige weniger als Förderbedürftige, sondern eher als Störer wahrgenommen werden. Wenn Kinder, die wegen ihrer Behinderung lange im Krankenhaus lagen, erst üben müssen, sich in einer Gruppe Gleichaltriger zurechtzufinden. Und umgekehrt die anderen Schüler merken, dass Körperbehinderte keine „Huschelchen sind, sondern einem auch mal mit dem Rolli über den Fuß fahren", wie es Schulleiter Stapel formuliert. „Beide Seiten wachsen selbstverständlich miteinander auf und üben gemeinsame Normalität."

Kraftakt

Für die Lehrer ist das oft ein Kraftakt. Sie müssen dazulernen. Zum Beispiel, genau hinzuschauen. „Wenn einem Kind ständig der Stift runterfällt, hat es deshalb nicht gleich ADS", so Stapel. Zum Beispiel, die spezifischen Probleme des Einzelnen zu akzeptieren. Wenn ein verhaltensauffälliges Kind um 13 Uhr die Aufgaben nicht schafft, ist es vielleicht nicht überfordert, sondern einfach vom Tag erschöpft. Zum Beispiel, die Vielfalt der unterschiedlichen Bedürfnisse zu bewältigen, ohne durch ein sonderpädagogisches Studium darauf vorbereitet zu sein. Das ist anstrengend und kostet Zeit. In monatlichen Teamsitzungen tauschen sich die Pädagogen einer Jahrgangsstufe aus: Wo können wir zusammenarbeiten, wo das Know-how der anderen nutzen? Zwei-, dreimal jährlich gibt es ein Treffen mit der Schulleitung. Zudem sind 16 Stunden Fortbildung im Schuljahr Pflicht. Auf dem Themenzettel stehen unter anderem Sonderpädagogik und Kommunikation.

Kommunikation ist enorm wichtig, weil die Lehrer der Pestalozzi-Schule auch Berater der Eltern sind – gerade der behinderten Kinder. Alle vier bis sechs Wochen, manchmal sogar wöchentlich halten sie die Eltern auf dem Laufenden. Wie entwickelt sich das Kind, wie ist sein Lernfortschritt? Wie werden wir den Förderplan darauf abstimmen? Warum gibt es mal weniger, mal mehr Stunden aus dem Förderpool der Schule für mein Kind? „Eltern körperbehinderter Kinder beispielsweise haben oft Angst, dass ihr Kind bei uns nicht bestehen kann. Viele wollen lieber kleine Klassen", sagt Stapel. „Dann müssen wir ihnen verständlich machen, dass wir größere Klassen für besser halten, weil die Selbstständigkeit in einer größeren Gruppe besser gefördert wird." Bezahlt wird der Mehraufwand der Lehrer freilich nicht. „Wir bräuchten dringend Entlastung." Etwa statt 28 Pflichtwochenstunden nur 26.

Bing, bang, bong. Die große Pause ist zu Ende. Die Quizrunde auf dem Schulhof stellt die letzte Frage. „Welches ist der höchste Stein der Welt?" „Der Mount Everest", nuschelt Olli. Henrik reißt die Arme in die Luft. „Hurra, 1:3. Olli hat gewonnen." Dann schiebt er mit dem Mädchen seine Freunde lachend zurück in den Klassenraum.

Anja Dilk, freie Journalistin

unimall.de

Kundenservice
0800 86 46 255

Sie sind weit gekommen.
Gehen wir den nächsten Schritt.

Lernen und Lehren im 21. Jahrhundert.

Parallels Desktop 4.0
dt. EDU 39,90 €*

Der Computer im Stift:
Pulse Smartpen
ab 159,00 €

MacBook Pro 13“
ab 1.056,72 €*

Adobe Photoshop CS4 Extended
Education Version
295,00 Euro*

Convertible Classmate PC
ab 299,00 €

Der Online Store für Pädagogen, Schüler und Studenten.
Bis zu 80% sparen bei Soft- und Hardware.

Apple Store Education · Adobe Authorized Reseller 2009 · Microsoft · wacom · Parallels

Unsere Fachberater beraten Sie gern ausführlich, auch über Klassenraumlizenzen.
Tel 0800 86 46 255
Fax 030 25 93 86 211
E-Mail: bildung@unimall.de

e&w 09/09

*Angebote gültig gegen Vorlage eines aktuellen Bildungsnachweises. Nur solange der Vorrat reicht. Alle Angaben ohne Gewähr.

„Wir können auch anders“

GEW stellt neues wissenschaftspolitisches Programm vor

Ihr neues wissenschaftspolitisches Programm „Wir können auch anders“ diskutierte die Bildungsgewerkschaft GEW Ende Juni in Berlin mit Hochschulangehörigen sowie Experten der Bundestagsfraktionen, Vertretern des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), des Wissenschaftsrates (WR), des Deutschen Studentenwerks (DSW) und des freien zusammenschlusses der studentInnenschaften (fzs).

❶ GEW-Hochschulexperte Andreas Keller: „Hochschulen sind keine Unternehmen und dürfen nicht wie diese geführt werden.“

❷ Frank Ziegele vom CHE erwiderte Keller: „Die Bildungsgewerkschaft baut mit ihrer Kritik einen Popanz auf.“

❸ HRK-Präsidentin Margret Wintermantel lobte den Diskurs mit der Bildungsgewerkschaft. Sie sehe in der GEW „einen strengen Freund, der einem auch mal in den Arm fällt, wenn es Anlass zur Kritik gibt“.

Wir wollen eine Alternative zum Leitbild der unternehmerische Hochschule“, erklärte GEW–Hochschulexperte *Andreas Keller.* Die GEW wolle „keinesfalls ins Lager derjenigen eingereiht werden, die sich die exklusive Universität der 1960er-Jahre zurückwünschen“, betonte Keller, als er das Programm der hochkarätigen Sachverständigenrunde vorstellte.

Fotos: Christian v. Polentz /transit Berlin

Andreas Keller

Derzeit würden staatliche Zuständigkeiten abgebaut, die Verwaltungsspitzen – Dekane und Präsidenten – gestärkt und die Rechte der akademischen Kollegialorgane abgebaut. In der „unternehmerischen Hochschule“, wie sie vom CHE vorgedacht wird, würde Autonomie, so Keller, als Autokratie einer nur noch dem Hochschulrat verantwortlichen Leitung verstanden. Dem stelle die GEW ihre Forderung nach Demokratisierung der Hochschulselbstverwaltung entgegen. Hochschulen seien keine Unternehmen und dürften nicht wie diese geführt werden. Studierende, Professorinnen und Professoren, wissenschaftliches und Dienstleistungspersonal sollten deshalb in den Gremien gleiche Rechte bekommen. Präsidenten oder Rektoren sollten von allen Hochschulangehörigen gewählt werden, sagte Keller. Gerade die größere Autonomie der Hochschulverwaltungen in Wirtschafts- und Personalfragen mache es nötig, dass die Personalvertretungen gestärkt werden, „indem sie z. B. auch auf die studentischen Beschäftigten ausgedehnt werden“.

Margret Wintermantel

Die GEW baue mit ihrer Kritik einen Popanz auf, erwiderte *Frank Ziegele* vom CHE. Ein wenig mehr betriebswirtschaftliches Denken, so Ziegele, könne nicht schaden.

Die gewerkschaftliche Forderung nach einem bedarfsgerechten Ausbau der Unis und Fachhochschulen (FH) stieß in der Expertenrunde auf Zustimmung. Die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der fünf Bundestagsfraktionen übertrumpften sich mit Finanzierungszusagen. Steuern zu senken und gleichzeitig mehr Geld für die Bildung, versprach z. B. *Stefan Müller* (CSU) vollmundig. Da war *Ernst-Dieter Rossmann* schon näher an der Realität, als er für die SPD-Fraktion eine „Reichensteuer“ zur Bildungsfinanzierung vorschlug.

Strittig: die Gebührenfrage

Sollen alle Bachelor-Absolventen auch bis zum Master studieren können, wie die GEW forderte? In dieser Frage gab es keinen Konsens mit HRK, WR und CHE, ebenso wenig wie beim Thema Studiengebühren.

Ein Dissens zu den großen Parteien: CDU/CSU und SPD wollten BAföG nicht, wie die GEW, zu einem Studienhonorar weiterentwickeln, das unabhängig vom Einkommen der Eltern ist. Auch ein Gebührenverbot, wie es GEW und LINKE fordern, lehnten Union und Sozialdemokraten ab.

Führe der Rückzug des Staates aus den Hochschulen dazu, dass das Bachelorstudium nach jeweils eigenem Gusto verschult wird, um durch schlankere Strukturen Kosten zu sparen, sei wieder mehr staatliche Verantwortung gefordert, fragte das Publikum. Da blieb *Cornelia Pieper* von der FDP recht allein mit ihrem ungebrochenen Bekenntnis zur Laissez-faire-Autonomie. CSU-Mann Müller ebenso wie der SPD-Linke Rossmann wollten dem Staat eine stärkere Verantwortung im Dreieck von Gesellschaft, Staat und Hochschule zuweisen. Für *Petra Sitte*, Vertreterin der LINKEN, stand die staatliche Verantwortung, etwa für eine bundesweit kompatible Lehrerbildung, ohnehin nicht zur Debatte. *Kai Gehring* von den Grünen setzte auf die innovativen Kräfte an den Hochschulen, die durch mehr Mitbestimmung gestärkt werden sollten.

Perspektiven für Nachwuchs

Ein weiterer zentraler Punkt im GEW-Programm: Es verlangt sichere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Spätestens nach der Promotion müsse man Nachwuchswissenschaftlern sagen, so die Bildungsgewerkschaft, ob sie dauerhaft an einer Universität oder Fachhochschule bleiben können. Eine langfristige Perspektive sei vor allem wichtig, um Frauen in der Wissenschaft zu halten, für welche die langen Jahre der Unsicherheit ein besonderes Handicap darstellen.

Frank Ziegele

Andreas Keller zog am Ende der Veranstaltung eine positive Bilanz: Nicht nur, dass man sich gegenseitig zugehört habe, fand er bemerkenswert, sondern dass Politiker aller Parteien in einer Phase der hochschulpolitischen Ratlosigkeit offen für neue Ideen seien. HRK-Präsidentin *Margret Wintermantel* gab zurück: In der GEW sehe sie einen „strengen Freund, der einem auch mal in den Arm fällt, wenn es Anlass zur Kritik gibt“.

Karl-Heinz Heinemann, freier Journalist

20 000 Frauen fliehen Jahr für Jahr vor männlicher Gewalt in Frauenhäuser.

Foto: dpa

„Hort des Männerhasses“

„Männerrechtler“ will Frauenhäuser schließen

Der „Männerrechtler“ und Soziologe Gerhard Amendt, Uni Bremen, sieht in Frauenhäusern eine „Welt des Männerhasses“. Konsequenterweise plädierte er für deren Abschaffung. Wie stichhaltig sind seine Behauptungen?

Eine sympathisch wirkende Frau spielt mit einem Mädchen im Sandkasten. Die Sonne scheint. Sie lachen sich vertrauensvoll an. Mit dieser Szene aus dem Frauenhaus Bad Kreuznach wirbt die ARD-Fernsehlotterie zur Primetime für ihr „Megalos“. Mit ihren Mitteln unterstützt sie offenbar auch Frauenhäuser – deren öffentliche Finanzierung in den meisten Bundesländern ungesichert ist.
Ein Trugbild, meint Soziologe und „Männerrechtler“ *Gerhard Amendt*. Mitnichten seien Frauenhäuser harmlose Orte, an denen Frauen und Kinder entspannt leben. Ganz im Gegenteil, Frauenhäuser seien „eine Welt des Männerhasses“, bewohnt von „Ideologinnen“, denen es „narzisstische Hochgefühle“ beschere, mit „antipatriarchaler Kampfrhetorik“ Frauen „in die Opferposition“ zu „manipulieren“. „Professionalität ist nicht ihr Ziel“, behauptet der Autor. Sie seien vielmehr „parteilich, was ein Synonym dafür ist, dass sie Frauen als Opfer sehen, denen böse männliche Mächte gegenüberstehen“. Frauenhäuser, so sein Schluss, gehörten schleunigst abgeschafft. Die Zeitung „Die Welt“ räumte Amendt dafür im Juni eine ganze Seite frei – und organisierte gleich noch eine Internet-Abstimmung über die Existenzberechtigung der Frauenhäuser.
Angesichts von 20 000 Frauen, die jährlich Zuflucht im Frauenhaus suchen, ist Amendts Vorschlag nicht nachvollziehbar. Nicht wenige werden von der Polizei dorthin gebracht, weil diese keine andere Möglichkeit sieht, Frauen und Kinder vor schweren Gewalttaten zu schützen. In Nordrhein-Westfalen sind 2007 196 Betroffene in Frauenhäuser geflüchtet, die zwangsverheiratet werden sollten. Die allgemeine Anerkennung der Frauenhäuser zeigte sich zuletzt 2008 in einer Bundestagsanhörung mit dem Ziel, deren desolate Finanzierung zu verbessern. Für Amendt ist das ein großer Fehler.

Unkenntnis der Realität

Heißt „Parteilichkeit“, dass man Frauen zu Opfern und Männer zu Tätern stilisiert? Nein, sagt *Viktoria Nawrath*, Geschäftsführerin der Frauenhauskoordinierung, die die meisten der 358 Frauenhäuser in Deutschland vertritt. Sie bescheinigt Amendt „große Unkenntnis der Realität von Frauenhaus-Arbeit“. In vielen Berufen sei Parteilichkeit für die Klientel geradezu die Voraussetzung für professionelles Arbeiten, so etwa bei Anwältinnen, Beratern und Therapeutinnen.
Amendt belegt sein Urteil mit einem Gutachten des Männerforschers *Peter Döge* über Thüringer Frauenhäuser. Darin werden Studien zitiert, nach denen Frauen in Paarkonflikten ebenso gewalttätig seien wie Männer. Allerdings beachtet der Autor nicht weiter, dass die Verletzungsfolgen dieser Paargewalt sehr unterschiedlich ausfallen. Die Soziologin *Carol Hagemann-White*, Expertin für häusliche Gewalt, meint, dass man womöglich zwei Gewaltformen unterscheiden müsse. Die „gewöhnliche Paargewalt“, die aus Streitigkeiten erwächst, sei offenbar weniger folgenschwer als die sehr viel seltenere „patriarchale Kontrollgewalt“, bei der eine Frau um Leib und Leben fürchtet. Genau diese Klientel flüchte ins Frauenhaus. „Bei den Frauenhausbewohnerinnen waren Häufigkeit und Schwere der erlebten Gewalttaten weit, weit schlimmer“ als bei der Vergleichsgruppe aus der Gesamtbevölkerung, so Hagemann-White.

„Noteinrichtungen“

Döge will die Frauenhäuser übrigens nicht abschaffen. Im Gegenteil, er bescheinigt ihnen einen positiven volkswirtschaftlichen Nutzen. Doch geht er ebenso wie Amendt davon aus, dass im Frauenhaus zumeist an „gewöhnlicher Paargewalt“ Beteiligte wohnten. Dieser sei mit der so genannten „systemischen“ Beratung von Frau und Mann besser beizukommen als mit der „parteilichen“ Beratung für Frauen. Hagemann-White widerspricht: „Die Frauenhäuser wurden nicht dafür eingerichtet, im Gesamtfeld familiärer Gewalt zu arbeiten“, präzisiert sie deren Funktion. Es seien reine Noteinrichtungen. Gelte es, einen Paarkonflikt zu bearbeiten, so vermittelten Frauenhäuser die Beteiligten in Beratungen, in denen durchaus auch „systemisch“ gearbeitet wird.
Wohin mit den 20 000 Frauen, die vor „patriarchaler Kontrollgewalt“ fliehen, wenn es keine Frauenhäuser mehr gibt? Amendt hat eine Antwort: Beratungsstellen sollen „in Notfällen Männer wie Frauen mit Kindern vorübergehend sicheren Aufenthalt bieten“, schlägt er vor. Genau das aber tun sie schon heute: Sie bringen Frauen mit Kindern in Frauenhäuser. Was vielleicht fehlt, sind Schutzräume für Männer, die vor Frauengewalt fliehen. Denn bisher ist nicht erforscht, ob sich hinter so mancher „gewöhnlicher Paargewalt“ nicht auch eine extrem gewalttätige Frau verbirgt – und ein männliches Opfer, das vor Scham nicht zur Polizei zu gehen wagt.

Heide Oestreich, Redakteurin der „taz“

Konferenz zur Bildungsgerechtigkeit

Unter dem Motto „Bildungsgerechtigkeit: Als Auftrag der Schule – Zumutung und Chance“ veranstaltet die GEW gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erzieher in Deutschland e.V. (aeed), dem Deutschen Katechetenverein e.V., dem Fachverband für religiöse Bildung und Erziehung sowie dem Fachverband Ethik e.V. vom 20. bis 22. November im Ludwig-Windthorst-Haus in der Katholischen Sozialen Akademie Lingen eine pädagogische Konferenz. Der gesellschaftliche Auftrag nach Gerechtigkeit, nach Bildungsgerechtigkeit in der Schule ist leicht ausgesprochen. Wie diese zu gestalten ist, damit werden die Schulen allein gelassen.
Anmeldung bitte bis zum 15. Oktober an:
GEW-Hauptvorstand/Parlamentarisches Verbindungsbüro, z. H. Antje Lindner, Wallstr. 65, 10179 Berlin, Tel. 030/23 50 14-11, Fax 23 50 14-10, E-Mail: antje.lindner@gew.de.
Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung trägt der Veranstalter. Tagungsgebühren: 50 Euro pro Person. Diese sind in bar bei der Anmeldung vor Ort zu bezahlen.

DGB startet Debatten-Website

Der DGB hat Ende Juli eine neue DGB-Debatten-Website unter *http://dgbdebatte.blogspot.com/* eingerichtet, die sich als Schnittstelle von Wissenschaft und Gewerkschaft versteht. Hier kommen Wissenschaftler zu Wort, ebenso Funktionäre, Betriebs- und Personalräte sowie Journalisten. Der DGB will mit dieser Website einen offenen, kritischen und fairen Diskurs führen, um gewerkschaftliche Positionen zu schärfen. Mit den ersten Beiträgen zum „Window of Opportunity“ von Prof. *Alex Demirovic* und der Frage „Ist die Krise männlich?“ von *Alexandra Scheele* kommen Fachleute zu Wort, die sich fundiert mit Aspekten der Krise beschäftigten.

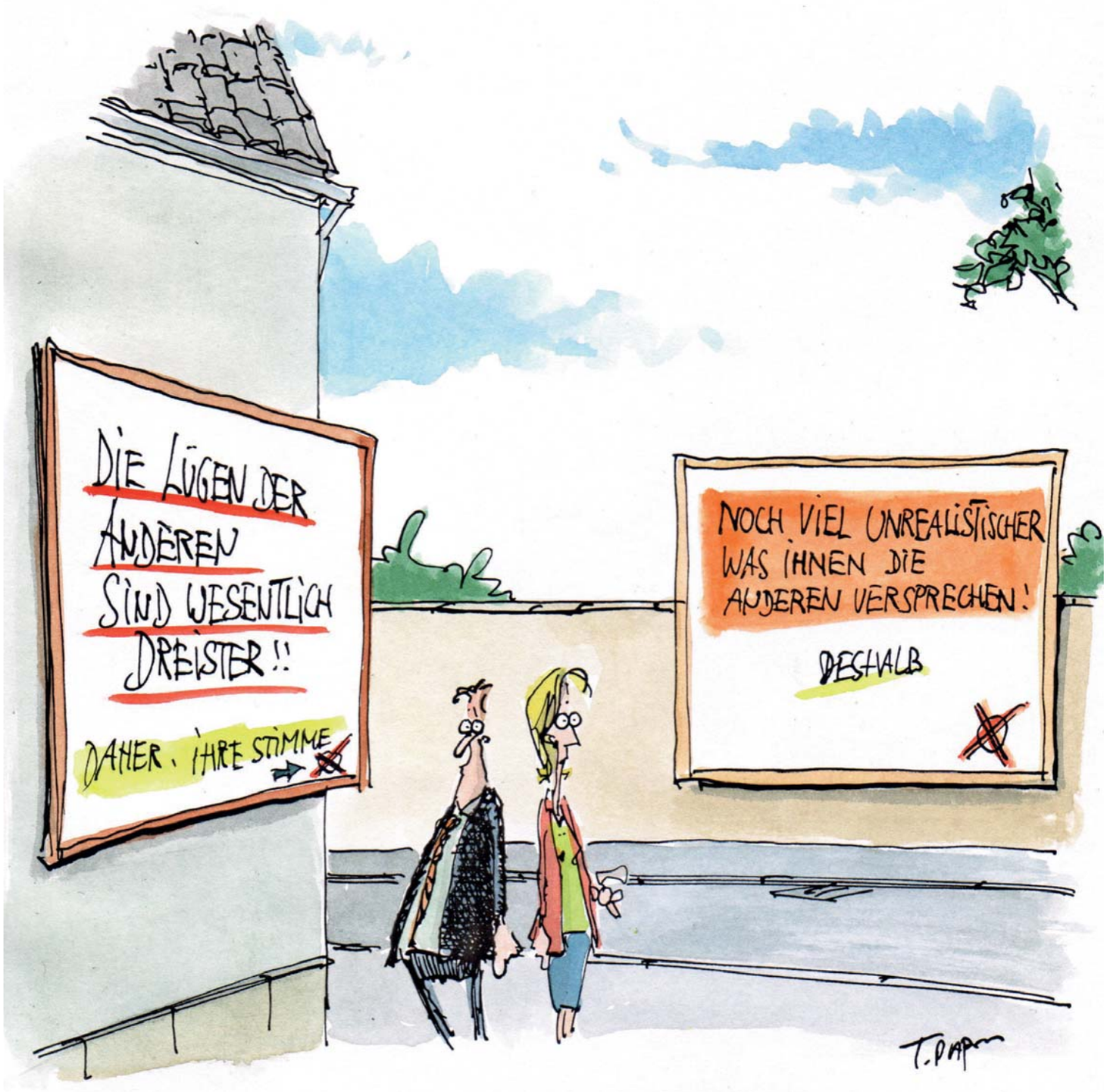
Dem Lernen Flügel verleihen

Zum vierten Mal startet der größte und am höchsten dotierte deutsche Schulwettbewerb „Der Deutsche Schulpreis“. Unter dem Motto „Dem Lernen Flügel verleihen“ werden Schulen gesucht, die sich durch herausragende pädagogische Leistungen auszeichnen. Sie sollen Vorbilder für die Schulentwicklung in Deutschland sein. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 30. September. Näheres unter: *http://schulpreis.bosch-stiftung.de/content/languagel/html/index.asp*

Governance im Bildungswesen

Was bringt Schulreformen wirklich voran – mehr Steuerung, mehr Führung oder Governance-Analyse? Und was meint „Governance“ wirklich? Diesen Fragen gingen die Vorträge einer Tagung der Deutschen Schule (DDS) – der wissenschaftlichen Zeitschrift der GEW – nach, die im aktuellen Heft nachgelesen werden können: *Horst Weishaupt* (Frankfurt a. M.) stellt „Finanzierung und Recht als Ansatzpunkte schulpolitischer Steuerung“ in den Mittelpunkt. Für *Hans-Günter Rolff* (Dortmund) ist „Führung als Gestaltung“ der entscheidende Hebel der Schulreform. *Herbert Altrichter* (Linz) plädiert für die Governance-Analyse: Diese betrachtet das Schulsystem als eine komplexe, gestaltete, soziale Ordnung und befasst sich mit „Akteurskonstellationen“. Mehr Informationen u. a. zu Abos und Bestellungen finden Sie auf der Homepage *www.dds-home.de*.

Diesmal



WAHLKAMPF.. ENDLICH! MEHR OFFENHEIT!

Cartoon: Thomas Plassmann